

progress

Magazin der
österreichischen
Hochschüler_innenschaft
Okt 04/2017

www.progress-online.at

Der

Doctor ist eine Sie. Zeitreise in die Emanzipation. **14**

Untergang

für viele Studis: K.O. Prüfungen und unfaire Bedingungen. **8**

Ist

es die Tomate wert? Arbeit und Ausbeutung. **22**

Nah

aber fern. Weshalb der Doktorsabschluss so eine Hürde ist. **6**



NEUES SEMESTER, NEUE REGIERUNG, NEUES GLÜCK?

P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ02Z031545M | EURO,73

VU T 005

VU 305.959-7

Bau.Stelle Parlament

DOSSIER: Wieder mal Wa(h)l

STUDIENWAHLMESSE

FINDE DEINEN MASTER

11.11.



FREIKARTE

Gib in deiner Online-Anmeldung diesen Code ein und erhalte freien Eintritt!

DP7LQ

NÄCHSTER SCHRITT MASTER!

Finale für deine Studienzzeit. Bei der MASTER AND MORE Messe kannst du entdecken, wie du das Beste aus deinem Master herausholen kannst.

MASTER MESSE WIEN

SA 11.11. | ☰ 9-16 Uhr
MGC Messe Wien

Infos und Anmeldung:

www.master-and-more.at



MASTER
AND
MORE

04 WILLKOMMEN IM NEUEN SEMESTER.

Das neue Vorsitzteam der ÖH Bundesvertretung stellt sich vor.

Bildung

06 ALMA MATER UND IHRE KINDER

Vom prekären Promovieren und dessen Selektionskriterien.

08 K.O. IM ERSTEN SEMESTER

Gefürchtete Knock-Out Prüfungen zu Beginn des Studiums: Notwehr der Unis oder unnötige Schikane?

10 STUDIENBEIHILFE - MEHR FÜR DICH

Juhu, die Studienbeihilfe wurde erhöht! Wir erklären dir, wie du einen Antrag stellst.

Feuilleton

12 REZENSIONEN

Kriegsverbrecher_innen, Wladimir Putin, Fliegenpilze und Musik.

14 TRÜMMER ZUSAMMENFÜGEN - ZEITREISEN UND EMANZIPATION

Doctor Who überwindet seit eh und je sämtliche Grenzen - mit einer Frau in der Hauptrolle nun auch die Gendergrenze.

16 "YOU CAN'T BE FUNNIER THAN TRUMP"

Monty-Python Legende John Cleese am Sarajevo Filmfestival.

BILDUNG: Mohammad Mosadegh

FEUILLETON: Richard Klippfeld

WISSENSCHAFT UND POLITIK: Mohammad Hossein Safdari

Wissenschaft und Politik

18 FAKTEN - FAKTEN - FAKEN

Wessen Wahrheit spiegeln Kriminalitätsstatistiken wider – und warum haben Lügen in der Politik so lange Beine?

20 POSTMODERN - BELIEBIG - POSTFAKTISCH

Was passiert, wenn Gesellschaft und Politik die Grundlagen guter wissenschaftlicher Praxis über Bord werfen.

22 ROTES GOLD

Wie Migrant_innen in der italienischen Tomatenproduktion ausgebeutet werden.

Dossier

25 NEUES SEMESTER, NEUE REGIERUNG, NEUES GLÜCK?

Wir haben den bundesweit kandidierenden Listen fünf hochschulpolitische Fragen gestellt.

28 VOM AUSSCHEREN

Zwei junge Politikerinnen, die zwar sehr intensiv wahlkämpfen, wohl aber nicht im Nationalrat sitzen werden, im Porträt.

30 UTOPIE UND EFFIZIENZ - DER TRAUM VON FREIER LEHRE UND FORSCHUNG

Von Leistungsvereinbarungen und den möglichen Auswirkungen der Nationalratswahlen auf die Hochschulen.

ILLUSTRATIONEN IM DOSSIER: VERONIKA WLADYGA

Veronika Wladyga studiert Architektur an der TU Wien. Sie ist sich nicht zu schade für Wa(h)lwtitze.

Editorial

Liebe Leser_innen!

NEUES SEMESTER, NEUE REGIERUNG, NEUES GLÜCK? Letztes Semester haben die Student_innen gewählt. Ende Juni hat sich dann auch eine völlige neue ÖH zusammengesetzt. Dieselben Fraktionen, aber andere handelnde Personen. So auch im *progress*. Wir hatten einen langen Übergabetermin, und die neue Redaktion – bestehend aus Dado, Karin, Liam & Lukas – ist jetzt am Ruder.

Langsam kennen wir uns auch schon besser, wissen wer welchen Gin mag und wann jemand eine Rauchpause braucht. Ganz schön stressig ist es, dieses Redaktionsbusiness, aber wir haben so einiges vor, die nächsten zwei Jahre! Seid gespannt. Besonders freuen wir uns auch immer über Feedback.

Unser erstes *progress*-Baby steht ganz im Zeichen von „Neues Semester, neue Regierung, neues Glück?“. Während wir uns noch immer sehr freuen, dass eine langjährige Forderung der ÖH – die Erhöhung der Studienbeihilfe (S.10) – endlich umgesetzt wurde, sieht es ja sonst reichlich düster aus. Bildung scheint bei den Großparteien kein großes Wahlkampfthema zu sein. Darum haben wir die bundesweit kandidierenden Parteien – ja alle 10 – zum Thema Hochschulpolitik befragt (S. 25).

Zudem möchte die *progress*-Redaktion auch nochmal herzlich dazu aufrufen, sich doch an unseren Redaktionssitzungen zu beteiligen. Du möchtest schreiben, Feedback zu deinen Artikeln erhalten und auch tatsächlich gedruckt werden? Dann ist das *progress* die perfekte Möglichkeit, sich einmal auszuprobieren.

Schreib uns einfach ein Mail oder schau bei einer unserer nächsten Redaktionssitzungen vorbei ;)

Viel Spaß beim Lesen & geht's wählen.
Eure *progress*-Redaktion

Impressum

Ausgabe: 04/2017

Auflage: 60.000 Stück

Erscheinungsmonat: Oktober

Medieninhaberin: Österreichische Hochschüler_innenschaft,
Taubstummengasse 7–9, 1040 Wien

Kontakt für Abo-Fragen: progress-online.at/abo (Wir bearbeiten keine Abo-Anfragen über den allgemeinen Kontakt!)

Kontakt Redaktion: progress@oeh.ac.at

Redaktion: Lukas Bürstmayr, Davor Frkat, Karin Stanger und
Liam Alexander Wülbeck

Autor_innen dieser Ausgabe: Joël Adami, Valentine Auer,
Anne-Marie Faisst, Cornelia Grobner, Dora Jandl, Katja Krüger,
Marie Luise Lehner, Felix Korbinian Schmidner,
Johannes Steinbach, Franziska Tschinderle,
Konstantin Milena Vlasich, Florian Wagner

Cover: Christopher Glantz

Lektorat: Noah Mayr

Layout: T. Jenni, J. Kolda



Hallo und willkommen im neuen Semester!

Wir, Johanna, Marita und Hannah, sind das neue Vorsitzteam der Österreichischen Hochschüler_innenschaft und möchten uns auf diesem Weg bei dir vorstellen. Seit 1. Juli sind wir nun Teil deiner offiziellen Vertretung und setzen uns österreichweit für deine Anliegen ein. Wir verhandeln mit den Ministerien wichtige Gesetze, die dich vor allem in deinem Studienalltag betreffen. Außerdem bieten wir als ÖH sehr viel Service rund ums Studium an, betreiben Infoplattformen, versichern dich über die ÖH-Versicherung, betreiben mit dem Ministerium einen Sozialfonds, bieten verschiedene Beratungen an und vieles mehr. Wir arbeiten gemeinsam mit vielen Ehrenamtlichen tagtäglich daran, deinen Studienalltag zu verbessern.

WER WIR SIND: das neue Vorsitzteam! Kurz zu uns: Johanna Zechmeister studiert Humanmedizin und Jus in Wien und war vorher Vorsitzende der ÖH Med Wien. Marita Gasteiger studiert im Master Interdisziplinäre Osteuropastudien, war länger an der ÖH Uni Wien aktiv und ist erst im Januar von ihrem Auslandssemester in Vilnius zurückgekommen. Hannah Lutz studiert Jus in Wien war die letzten Jahre in der Studierendenvertretung an der Uni Wien und am Juridicum aktiv.

WAS MACHT DIE ÖH FÜR DICH?

Wir beraten dich in allen relevanten Belangen: Egal, ob du Fragen zur Studienbeihilfe, Barrierefreiheit, rechtliche Fragen oder Fragen zum Alltag im Studium hast, unsere Referate stehen dir unterstützend zur Seite.

Du kannst dich online auf Plattformen wie etwa der Studienplattform (studienplattform.at), auf der du alle Studien in ganz Österreich mit wenigen Klicks sehen kannst, informieren. Zusätzlich kannst du am schwarzen Brett der ÖH Wohnungen, Jobs, Praktika und Kinderbetreuung finden oder selbst für andere Studierende anbieten (schwarzesbrett.oeh.ac.at).

Als ÖH ist es uns auch ein Anliegen, Studierende bei ihren eigenen Projekten und Ideen zu unterstützen. Schau auch dir unsere Fördertöpfe an, vielleicht ist da etwas für dich dabei (www.oeh.ac.at/service/öh-fördertöpfe).

Übrigens: Durch deinen ÖH-Beitrag bist du an deiner Hochschule auch entsprechend unfall- und haftpflichtversichert.

WAS HABEN WIR IN ZUKUNFT

VOR? Als Interessensvertretung aller Studierenden in Österreich ist es uns wichtig, dass alle, die studieren möchten, das auch tun können. Bildung ist ein Menschenrecht, deshalb stehen wir auch in Zukunft für den freien und offenen Hochschulzugang ein. Das bedeutet, dass wir uns weiterhin gegen Zugangsbeschränkungen und gegen Studiengebühren einsetzen werden. Es ist die Aufgabe des Staates, Hochschulen öffentlich zu finanzieren.

BERATUNG VOR DEM STUDIUM

Die Beratung vor dem Studium, zum Beispiel mit "Studieren Probieren", ist uns wichtig, deswegen wollen wir Angebote wie dieses ausbauen. Dies kann eine Maßnahme sein, Drop-Outs

zu reduzieren.

SOZIALES. Auch Soziales ist uns ein großes Anliegen: Wir setzen uns für die Direktzahlung der Familienbeihilfe ein, die auch länger ausbezahlt werden soll. Die Abschaffung der doppelten Studiengebühren für Drittstaatsangehörige ist ebenfalls unser Ziel. Die Studienbeihilfe ist vor kurzem endlich erhöht worden, dennoch sollte sie valorisiert werden, also mit der Inflation automatisch steigen. Studierende mit Kind(ern) wollen wir noch besser unterstützen, und ein leistbares Öfiticket steht auch auf unserer Agenda.

FACHHOCHSCHULEN RAUS AUS DEM PRIVATRECHT!

Im Vergleich zu den Universitäten ist es um die Rechte der Studierenden an Fachhochschulen, die sich im Privatrecht befinden, schlechter bestellt. Wir wollen einen Fokus auf die rechtliche Unterstützung der FH-Studierenden legen und sie bei Klagen gegen die FH unterstützen.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT STÄRKEN.

Die Öffentlichkeitsarbeit und die Sichtbarkeit der Anliegen der Studierenden soll verbessert werden. Wir wollen dich mit lauter Stimme vertreten und mit allen uns zur Verfügung stehenden Kanälen die Anliegen der Studierenden und die Arbeit der ÖH nach außen tragen, wie zum Beispiel mit dieser Ausgabe des *progress*.

GEDENKJAHR 2018. 2018 ist ein besonderes Jahr: 100 Jahre Frauenwahlrecht, 100 Jahre Ende des 1.

Weltkrieges, aber auch 80 Jahre nach dem Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland. Für dieses besondere Jahr haben wir zahlreiche Projekte in Planung wie die Gedenkfahrten und Veranstaltungen an Hochschulen. Aber auch abseits davon wird sich die ÖH weiterhin gegen jede Form der Diskriminierung stark machen.

Ohne Zeichenbeschränkung würden wir noch Seiten mit unseren Vorhaben und Projekten füllen! Die gute Nachricht ist: Wenn du mehr wissen willst, findest du viele weitere Informationen über unsere Arbeit auf der ÖH Bundesvertretung auf unserer Homepage. www.oeh.ac.at

UND IN DER VORLESUNGSFREIEN ZEIT?

Selbstverständlich arbeitet die ÖH auch in der vorlesungsfreien Zeit, um dich beraten und vertreten zu können. Als neues Vorsitzteam haben wir diese Zeit genutzt um uns einzuarbeiten, uns mit vielen Entscheidungsträger_innen zu treffen, ein neues großes Team aufzustellen und haben so bereits einiges verhandelt. Wir haben viel vor. Wenn du dich dafür interessierst, mitmachen willst oder weitere Informationen brauchst – melde dich bei uns! Zum Beispiel per Mail an oeh@oeh.ac.at, oder auf unserer Facebookseite: www.facebook.com/bundesoeoh

Fürs Erste wünschen wir dir einen guten Start ins Semester und halten dich auf dem Laufenden!

Johanna, Marita und Hannah

BILDUNG 

ausgehen. 

iam OK U5



Alma Mater und ihre Kinder

Soziale Herkunft und Geschlecht sind die großen Selektionskriterien für wissenschaftliche Karrieren. Ein kritischer Blick in die Promovierenden-Statistik

Schließlich waren die Existenzängste zu groß. Kurz vor dem Auslaufen ihres Stipendiums sah sich Camille Liessem (Name geändert) gezwungen, einen Job anzunehmen, obwohl sie kurz vor ihrem Abschluss stand. Die 32-Jährige ist Mutter zweier Kleinkinder: „Besonders wegen der Kinder will ich nicht immer nur am Limit kratzen und auch finanziell unabhängig von meinem Partner sein.“ Gleichzeitig weiß Camille, wie gefährdet ihr Studium seit dieser Entscheidung ist.

Die prekäre Situation ist für viele Promovierende belastend. Jede_r fünfte Studierende im Doktorat kämpft mit finanziellen Schwierigkeiten. Davon sind insbesondere jene betroffen, die ihre Dissertation über ein Stipendium finanzieren und in geistes- und kulturwissenschaftlichen Fächern promovieren. Erschwerend kommen Betreuungsverpflichtungen hinzu: 21 Prozent der Dissertant_innen haben ein Kind, das jünger als 25 Jahre ist. Camille will sich durchbeißen: „Irgendwie schaffe ich das“, ist sie sicher. „Das hat mit Stolz zu tun und ein bisschen auch mit Trotz – weil viele seit meiner letzten Schwangerschaft davon ausgehen, dass ich früher oder später abbreche.“

VOLLER KOPF, LEERE GELDBÖRSE. Zwei Drittel der Promovierenden schreiben ihre Doktorarbeit weder im Rahmen ihrer Erwerbstätigkeit noch finanziert über ein Stipendium. Sie forschen ohne Förderung. Lediglich 30 Prozent können Dissertation und Lohnarbeit vereinbaren, z.B. als Assistent_in an einer Universität, und nur fünf Prozent erhalten ein Lebensunterhaltskosten sicherndes Stipendium. Österreich ist damit unrühmliches Schlusslicht im europäischen Vergleich, wie eine Eurodoc-Studie schon 2011 festgestellt hat. Ein heuer veröffentlichter Zusatzbericht der Studierenden-Sozialerhebung des Instituts

für Höhere Studien (IHS), in dem die Studienbedingungen der 25.231 Doktorand_innen durchleuchtet wurden, zeigt, dass sich die Situation in den letzten Jahren verschärft hat.

Am wenigsten gefördert werden die 10.863 Promovierenden in den rechts-, geistes- und kulturwissenschaftlichen Studien: Hier müssen knapp über 80 Prozent eine studienunabhängige Einkommensquelle finden. Besser stellt sich die Situation in den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studien dar (9.400 Promovierende), in denen 54 bzw. 44 Prozent ihre Doktorarbeit im Rahmen der Erwerbsarbeit schreiben können. Erschwert wird die prekäre Situation durch die Tendenz zur (teil-)strukturierten Promotion, bei der zusätzlich zur Dissertation zeitaufwändige Qualifikationsleistungen erbracht werden müssen, die häufig an ECTS-Punkte gebunden sind.

IM SCHATTEN DER ELTERN. Die Auswertung der soziodemografischen Faktoren der Studie ergab, dass die Doktoratsstudierenden mit einem Durchschnittsalter von 34,7 Jahren im Vergleich zur Erhebung 2003/04 älter werden und dass nur 46,5 Prozent von ihnen Frauen sind – obwohl diese in den Studien vor dem Doktorat mit 53 Prozent die Mehrheit stellen.

Die Wahrscheinlichkeit, ob jemand studiert, lässt sich nach wie vor am besten am Bildungsstand und am Beruf der Eltern ablesen. Dieser Zusammenhang verstärkt sich im Doktorat. Dissertant_innen stammen noch häufiger als Universitätsstudierende in einem Bachelor-, Master- oder Diplomstudium aus einer hohen oder gehobenen sozialen Schicht (57 %). In den vergangenen Jahren ist dieser Anteil gestiegen, während der Anteil der Doktorand_innen aus niedriger Schicht (16 %) leicht gesunken ist.

Wolfgang Fauth (Name geändert) kommt aus einem Milieu, das in der IHS-Studie prototypisch als niedrige soziale Schicht bezeichnet wird: Die Großeltern waren Bauern, seine Eltern Schichtarbeiter und Hausfrau. Als Erster in der Familie hat er sich nach dem Gymnasium für ein Studium entschieden. Fehl am Platz – so wie es viele Arbeiter_innenkinder bisweilen erleben – habe er sich dennoch an der Universität nie gefühlt: „Vielleicht lag’s an meiner Clique“, meint Wolfgang rückblickend. „Alle in meinem Freundeskreis stammen aus Nicht-Akademikerfamilien vom Land.“ Die Finanzierung des Studiums war durch eine Uni-Anstellung gewährleistet, das sei seinen Eltern wichtig gewesen: „In unseren Gesprächen über mein Doktorat standen praktische Dinge im Vordergrund, aber ich weiß trotzdem, dass sie stolz darauf sind, was ich geschafft habe.“

KOPFTUCH IST KEIN WIDERSPRUCH. Die erschwerenden finanziellen Rahmenbedingungen, aber auch strukturelle Diskriminierungen innerhalb des Hochschulsystems befeuern gesellschaftliche Schieflagen: 61 Prozent der Studierenden, die ihr Doktorat im Rahmen einer Anstellung bezahlt verfassen, sind männlich und kommen vergleichsweise selten aus einer niedrigen sozialen Schicht. Ebenfalls wenig vertreten sind Promovierende der ersten und zweiten Zuwanderer_innengeneration.

Lediglich sechs Prozent der promovierenden Bildungsinländer_innen haben einen Migrationshintergrund. Die gebürtige Bosnierin Ema Filipović (Name geändert) ist eine von ihnen. Sie ist in der dritten Klasse Volksschule ins österreichische Schulsystem eingestiegen. Nach Studium und mehreren Jahren im Berufsleben hat die 34-Jährige über eine Mitarbeit bei einem universitären Forschungsprojekt wieder

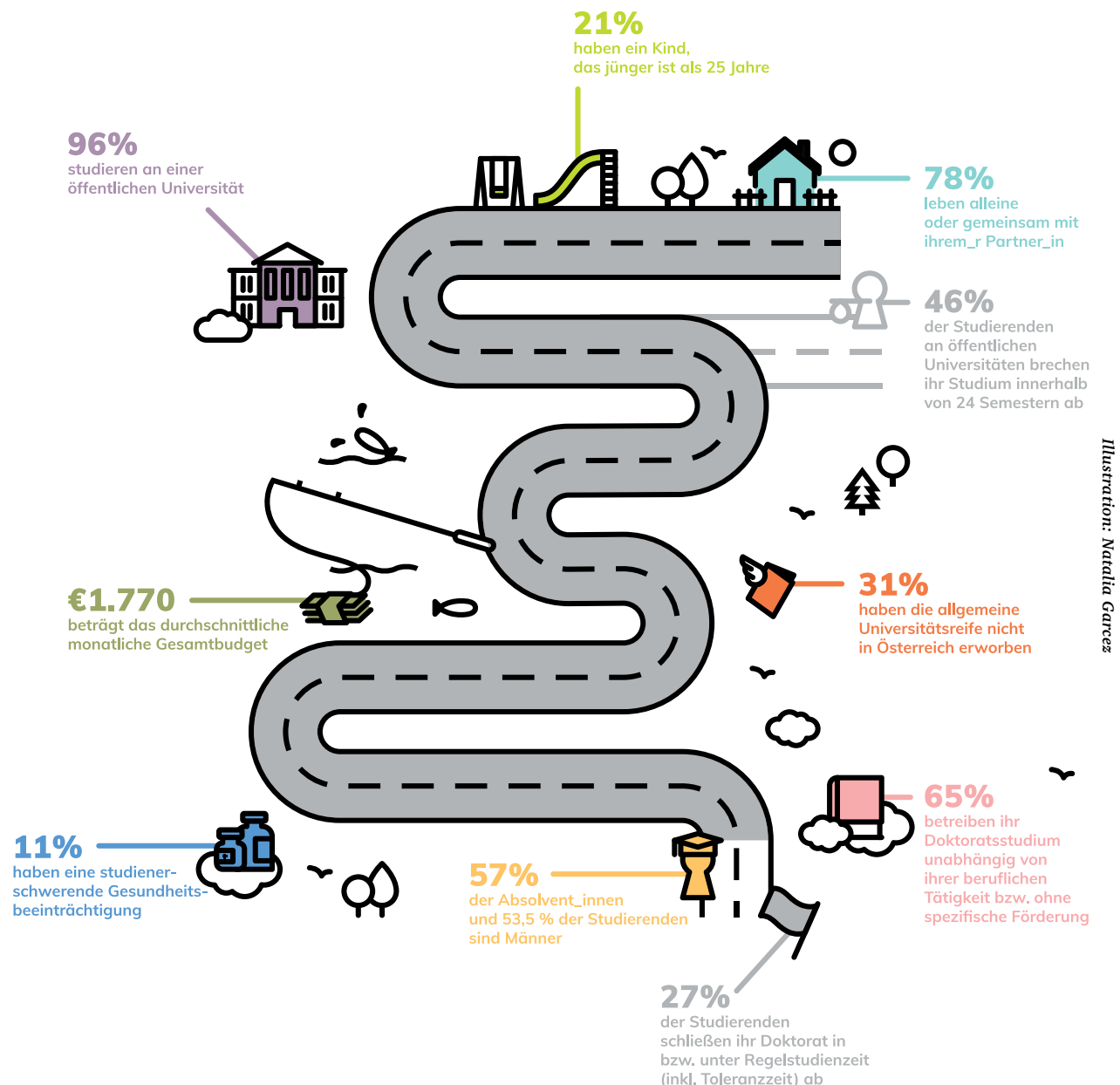
Feuer an der Wissenschaft gefangen und mit dem Doktorat begonnen. Als Migrantin, Frau, Mutter und Kind aus einer Arbeiter_innenfamilie sind Esmas Hürden groß, aber nicht weniger groß ist ihre Motivation: „Ich möchte mich in meinem zweiten Heimatland vor allem über Bildung integrieren.“ Dass sie Kopftuch trägt, habe ihr im akademischen Umfeld keine Benachteiligung gebracht, betont sie: „Vielmehr erlebe ich unterstützende Reaktionen. Man zeigt mir, dass auch ich dazugehöre.“ Gleichzeitig spürt sie eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung: „Mir ist es in Bezug auf die mediale Diskussion wichtig, klassische Bilder umzudrehen. Ich möchte zeigen, dass es natürlich muslimische Frauen mit Kopftuch gibt, die gebildet sind.“

LEISTUNGSBEGRIFF IN KRITIK. Dass Arbeiter_innenkinder sukzessive an den wissenschaftlichen Karriere-Schnittstellen verlorengehen, wirke auf verfügbares Wissen zurück, kritisiert Tamara Ehs, Vorstandsmitglied der „IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen“: „Wissenschaft ist nie unabhängig von den Forscher_innen, die auch aufgrund ihrer Biografie bestimmte Fragen an ihr Fach richten.“ Doch mit dem Universitätsgesetz 2002 habe die Politik jegliche Steuerungsinstrumente an den globalen Markt übergeben. Seither richtet sich nicht nur die Vergabe von Fördermitteln an der internationalen Reichweite von Forschungsvorhaben, sondern mitunter auch die Auswahl der Promovierenden für bezahlte Stellen und Doktoratskollegs. Dies gehe zu Lasten derer, die nicht aus einem finanzkräftigen Elternhaus kommen, Kinder versorgen müssen oder sich aus anderen Gründen unbezahlte Auslandsaufenthalte nicht leisten können.

Ehs schlägt vor, den internationalen Leistungsbegriff an sich in Frage zu stellen und gesellschaftliche

Zur Situation der Doktoratsstudierenden in Österreich

Quelle: Zusatzbericht der Studierenden-Sozialerhebung 2015 (Institut für Höhere Studien, Wien)



Verankerung von Forschenden wertzuschätzen: „Heutzutage können Promovierende, die nicht jeden Monat auf einer anderen Konferenz im Ausland sind oder an fünf Unis geforscht haben, nichtsdestotrotz weltweit Kontakte pflegen und über internationale Forschung informiert sein. Sie bringen sich im Gegenzug oft vor Ort mehr ein und zeigen gesellschaftspolitisches Engagement. Die Betreuung von Flüchtlingen bei Behördenwegen zum Beispiel ist ebenso eine internationale Erfahrung.“

VERLORENES PRAXISWISSEN.

Wissensproduktion an Hochschulen kann auch aus dem Blickwinkel der „Third Mission“ betrachtet werden: Neben Forschung und Lehre spielt der Wissenstransfer zunehmend eine wichtige Rolle in Universitäten. Die Implementierung einer aktiven Vernetzung von Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft haben sich viele Hochschulen explizit auf die Agenda geschrieben. Entsprechend sieht es die Journalistin Julia Herrnböck als Bringschuld der Unis, sich auch um Studierende zu bemühen, die aus der Wirtschaft kommen, um in ihrem

Fachbereich zu forschen: „Dieser Fall ist offenbar nicht vorgesehen“, konstatiert sie enttäuscht über das Fehlen von Förderprogrammen für Doktorand_innen wie sie eine ist, die nicht unmittelbar in Anschluss an ein Grundstudium mit der Promotion beginnen, dafür aber Wissen aus der Praxis mitbringen: „Das halte ich für einen Fehler, weil viel Wissen und Potenzial nicht geschöpft wird.“ Die 35-Jährige steht noch am Anfang ihres Doktorats und will sich durch die hiesigen Strukturen nicht aufhalten lassen: „Neben einem anspruchsvollen Vollzeitjob ist ein Doktoratsstudium nicht möglich – jedenfalls nicht in guter Qualität und ohne auszubrennen. Wenn das in Österreich nicht klappt, werde ich mich im Ausland um ein Stipendium bewerben.“

Eine nicht geringe Anzahl von Promovierenden in Österreich ist den umgekehrten Weg gegangen – Tendenz langsam steigend: Rund 31 Prozent der Doktoratsstudierenden gehören zu den sogenannten Bildungsausländer_innen, die das reguläre Schulsystem nicht in Österreich absolviert haben.

ZERBROCHENE TRÄUME. Wenn der erste Schritt im Doktoratsstudium gemacht und das eigene Forschungsvorhaben von der Uni akzeptiert wurde, heißt es durchhalten. Ein Einflussfaktor auf die Zufriedenheit von Promovierenden ist die Unterstützung durch Doktormütter und -väter. 40 Prozent sind mit der Betreuung ihrer Dissertation jedoch unzufrieden. Für manche steht und fällt damit die Motivation. So auch bei Anna Wandrer (Name geändert). Dabei hatte alles so gut angefangen: Schon während des Masterstudiums wurde die heute 29-Jährige als Projektmitarbeiterin angestellt. Es folgten Veröffentlichungen und Konferenzteilnahmen. Anna bewegte sich in einem akademischen Umfeld, erhielt finanzielle Unterstützung durch ihre Eltern und fühlte sich inmitten der Erfüllung ihres großen Lebensstraums. Dann kam die Ernüchterung: „Von meiner Betreuerin erhielt ich plötzlich nur mehr unkonstruktiven Gegenwind und keine Wertschätzung. Präsentationen des Arbeitsstandes empfand ich als Demütigung und zuletzt hatte ich deswegen mit massiven

Angststörungen zu kämpfen.“ Sie beschloss, die Bühne unauffällig zu verlassen und exmatrikulierte sich. Den Mut, ihrer Betreuerin ihre Beweggründe offen zu kommunizieren, hat sie bisher nicht aufgebracht: „Mir tut wirklich weh, wie das gelaufen ist. Es hat mich zermürbt, verunsichert und verängstigt.“

Über einen Zeitraum von 24 Semestern wurde in der IHS-Studie eine Abbruchquote von 46 Prozent erfasst. So individuell die Gründe für einen Abbruch sein mögen, so unbestreitbar sind die statistischen Beobachtungen, die zeigen, dass es mit Chancengleichheit und Diversity im universitären Nachwuchsbereich nicht weit her ist. In Bezug auf ihre soziodemografischen Merkmale unterscheiden sich Absolvent_innen jedenfalls kaum von den Promotionsstudierenden.

Cornelia Grobner ist freie Journalistin und Doktorandin am Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg.



K.O. im ersten Semester

50, 80, 97 Prozent Durchfallquote: Knockout-Prüfungen bescheren Alpträume, vor allem am Anfang des Studiums. Sind die KO-Schläge der Unis Notwehr oder illegale Zugangsbeschränkung?

Es ist ein offenes Geheimnis, dass es sie gibt. Sie sind gefürchtet und provozieren etliche schlaflose Nächte. Und dennoch scheint es nicht so, als gäbe es wirklich ein Mittel dagegen. Die Rede ist von sogenannten „Knock Out-Prüfungen“, kurz KO-Prüfungen. Damit sind Prüfungen gemeint, die so schwer sind, dass nur sehr wenige Studierende sie beim ersten Versuch schaffen. Etwa, weil der zu lernende Stoffumfang enorm hoch ist oder die Prüfungsmodalitäten so unfair sind, dass es reine Glückssache ist, die Tests zu bestehen.

ILLEGALE ZUGANGSBESCHRÄNKUNG. Endes des letzten Semesters, im Juni 2017, waren KO-Prüfungen kurz in aller Munde, da ein besonders eklatanter Fall an der TU Wien medial bekannt geworden war. Die Lehrveranstaltungen „Mechanik 1“ und „Mechanik 2“ hatten desaströse Durchfallquoten von über 90 Prozent, in einer Prüfung fielen sogar 97 Prozent der Studierenden durch. Die Prüfungen betrafen zwei Maschinenbau-Bachelorstudien. In diesen Studien schlossen laut der Hochschüler_innenschaft der TU Wien (HTU Wien) weniger als drei Prozent der Studierenden ihr Studium innerhalb von acht Semestern ab, was der Regelstudienzeit plus zwei Toleranzsemester entspricht. Für die betroffenen Studierenden bedeuten diese

Verzögerungen nicht nur ein verlängertes Studium im Lebenslauf, sondern oft auch den Wegfall von finanziellen Beihilfen, wie der Studienbeihilfe. Neben der Durchfallrate wurden im Juni auch die Art und Weise der Wissensvermittlung, die langen Korrekturzeiten, aber auch die Bedingungen bei der Prüfungseinsicht moniert: „Bei der Einsicht für die Tests wartet man teilweise bis zu drei Stunden, um dann eine schnippische Antwort auf eine inhaltliche Frage zu bekommen oder vor den Mitstudierenden angebrüllt zu werden“, sagte Andreas Potucek, damals im Vorsitzteam der HTU Wien.

In vielen Studien ist es möglich, schwierige oder berühmt-berüchtigte Fächer bis zum Ende des Studiums hinauszuschieben. Das heißt einerseits, dass möglicherweise genügend Zeit zum Lernen da ist, andererseits kann sich durch diese Taktik das Studium empfindlich verlängern – besonders dann, wenn nicht die drei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungstermine im Semester angeboten werden oder diese oft überfüllt sind. Ganz andere Hürden stellen KO-Prüfungen am Anfang eines Studiums dar, insbesondere dann, wenn sie Teil einer Prüfungskette sind (das Bestehen der Prüfung ist Voraussetzung für eine andere Lehrveranstaltung) oder gar zur Studieneingangs- und Orientierungs-

phase (StEOP) gehören. Bei der Einführung der StEOP wurde – vor allem seitens der ÖH – befürchtet, dass die verpflichtenden ersten Prüfungen dazu genutzt würden, Studierende „rauszuprüfen“ und so unsichtbare Zugangsbeschränkungen aufzubauen. Das Universitätsgesetz ist in diesem Punkt allerdings klar, die StEOP darf explizit „nicht als quantitative Zugangsbeschränkung“ eingesetzt werden.

DER ROSENTHAL-EFFEKT. Christian, der sich an der Universität Wien in der Studienvertretung der Bildungswissenschaften engagiert, erzählt von KO-Prüfungen in seinem Bachelor: „Die StEOP ist ganz klar eine KO-Prüfung, außerdem die Methodenprüfungen. Davon gibt es sechs Stück, die alle nur ein einziges Mal im Jahr angeboten werden. Die meisten Studierenden schaffen sie irgendwann innerhalb der drei Jahre, die sie dafür Zeit haben“. Wenn die Studienvertretung nach mehr Kursen fragt, wird von der Studienprogrammleitung mit der Antwort abgespeist, das sei finanziell nicht möglich. Ist es die Unterfinanzierung der Hochschulen, die KO-Prüfungen zum notwendigen Übel macht – Notwehr sozusagen? Durch „geschickte“ Studienplangestaltung – in dem besonders lernaufwändige Fächer in die ersten Semester geschoben

werden – lässt sich der finanzielle Aufwand, z.B. bei teuren Laborübungen für die folgenden Semestern verringern.

In der Praxis ist es schwer, nachzuweisen, dass Prüfungen in der StEOP als illegale Zugangsbeschränkungen genutzt werden – immerhin lässt sich aus Position der Lehrenden leicht mit angeblichen „sinkenden Niveau“ der Studienanfänger_innen argumentieren. Solche Klagen sind allerdings nicht unbedingt neu. Bereits im Jahr 1788, als in Deutschland das Abitur (das Äquivalent zur Matura) eingeführt wurde, klagte der Kanzler der Universität Halle darüber, die Studierenden seien „alle so dumm“ und würden sich aus den falschen Kreisen rekrutieren. Wenn sich diese Mythen der Erstsemestrigen, die angeblich immer dümmer werden, sich unter Lehrenden halten, kann dies jedoch auch wie eine selbsterfüllende Prophezeiung einen Einfluss auf die Ergebnisse haben. Der sogenannte Rosenthal-Effekt beschreibt, dass Schüler_innen, von denen Lehrende glauben, dass sie besonders klug oder dumm seien, entsprechende Ergebnisse liefern. Mitte der 1960er Jahre führte der US-Psychologe Robert Rosenthal Experimente mit Schulkindern durch, die diesen Effekt zeigten. Die Ergebnisse von KO-Prüfungen könnten also viel mehr an den Lehrenden liegen, als diese vielleicht glauben.

SAUSCHWERE PRÜFUNGEN. An der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) wird offen von Zugangsbeschränkungen durch KO-Prüfungen geredet. Laut der ÖH WU hört fast die Hälfte der Studienanfänger_innen schon nach dem ersten Semester an der WU wieder auf. Besonders gefürchtet ist die StEOP-Lehrveranstaltung „Einführung in die Rechtswissenschaften“, bei der fast 80 Prozent der Studierenden durchfallen. Patricio, ein ehemaliger WU-Student, berichtet: „Ich hatte mal in einem Multiple-Choice-Test einen Fall, wo einfach der Beistrich fehlte und der Aussage dann eine neue Bedeutung zukam.“ Solche Spitzfindigkeiten, gepaart mit enormen Zeitdruck und wenigen Prüfungsplätzen sorgen dafür, dass Prüfungen kaum zu bewältigen sind. Die Vermutung, dass durch solche Prüfungsmethoden gezielt dafür gesorgt werden soll, die Zahl der Studierenden zu verringern, liegt nahe. Manchmal ist es jedoch auch der Stoffumfang, der dafür sorgt, dass Prüfungen kaum zu bewältigen sind. Milena, die ihr Architekturstudium an der TU-Wien abgebrochen hat, erzählt von der Lehrveranstaltung „Einführung Hochbau“: „Für die Prüfung muss man mindestens einen Monat lernen. Und wenn ich einen Monat sage, meine ich reines Lernen, ohne Projekte oder Arbeiten nebenbei. Nach meinen Erfahrungen fällt ungefähr die Hälfte durch, die meisten Studierenden brauchen zwei bei drei Anläufe, bis sie die Prüfung schaffen.“

In manchen Fällen sind es die Unterlagen, die eine Hürde darstellen. Im Bachelor „Umwelt- und Bioressourcenmanagement“ an der Universität für Bodenkultur Wien (BOKU) klagten viele Studierende über die Prüfungen der beiden „Standortkunde“-Fächer, die verpflichtend im Studienplan stehen. „Bei aller Freundlichkeit und Sachlichkeit, der Professor hat die Berufung verfehlt. Unfreundlich, kompromissresistent und stets sauschwere Prüfungen, die einen in den Wahnsinn treiben“, beschreibt ein Studierender, der lieber anonym bleiben möchte, das Fach. Eine seiner Kolleginnen findet die Unterlagen – es handelt sich vor allem um Powerpoint-Folien – zu dürftig, um die Prüfungsfragen richtig beantworten zu können. Die Statistik der BOKU zeigt: Rund ein Drittel der Studierenden schafft die Prüfung nicht, eben so viele schaffen knapp einen Vierer.

STRESS UND DRUCK. Schwierige Prüfungen sind der meistgenannte Grund für Verzögerungen im Studium bei Studienanfänger_innen, überdurchschnittlich oft wird er in den Rechtswissenschaften, im Lehramt, in Ingenieurs- und Naturwissenschaften genannt, wie die Studierenden-Sozialerhebung 2015 zu berichten weiß. Auch hier berichten viele Studierende von KO-Prüfungen und erwähnen im gleichen Atemzug den hohen Stresspegel, der mit dem Leistungsdruck einher geht. Zu wie vielen Abbrüchen KO-Prüfungen führen, ist leider nicht untersucht worden.

Es lässt sich sicher vorzüglich über die Frage streiten, ob KO-Prüfungen vermieden werden könnten, wenn sie durch Zugangsbeschränkungen ersetzt würden – dadurch würde der Zugang zum Studium jedoch auf keinen Fall fairer. Zugangsbeschränkungen führen nämlich dazu, dass die Zahl von Studierenden aus Nicht-Akademiker_innenhaushalten sinkt, wie eine Studie der Arbeiterkammer festgestellt hat. Solange die Universitäten nicht ausreichend Mittel erhalten, um ihre Studierenden sinnvoll zu betreuen, wird es KO-Prüfungen geben. Einerseits, weil die Universitäten so versuchen, die Zahl der Studierenden zu minimieren und andererseits, weil kein Geld und keine Anreize für didaktische sinnvolle Lehre da ist. Mit guter Betreuung, die Studierende ernst nimmt und angemessenen didaktischen Methoden wäre es kein Ding der Unmöglichkeit, schwierige Fächer so zu vermitteln, dass die Durchfallquoten gering blieben. Bis dahin bleibt Studierenden meist nur eins: Zeit investieren, Büffeln und auf „Vier gewinnt“ hoffen.

Joël Adami studiert Umwelt- und Bioressourcenmanagement an der Universität für Bodenkultur in Wien

Prüfungen an öffentliche Universitäten – was sind deine Rechte?

- Wurde eine Prüfung negativ bewertet, hast du gesetzlichen Anspruch auf drei Wiederholungsversuche. Insgesamt darfst du also vier Mal antreten. Der vierte und letzte Antritt muss kommissionell abgehalten werden. Du hast das Recht, dies auch schon für den dritten Antritt anzufordern. Zu beachten: Öffentliche Universitäten können in ihrer Satzung eine Erweiterung festlegen, z.B. hat man an der TU Wien fünf Antritte bei Nicht-StEOP-Prüfungen.
- Mündliche Prüfungen sind öffentlich, du darfst also z.B. ein_e Begleiter_in mitnehmen. Du musst sofort nach der Prüfung das Ergebnis mitgeteilt bekommen. Wurdest du negativ beurteilt, müssen dir die Gründe hierfür sofort mitgeteilt werden
- Sechs Monate ab Bekanntgabe der Beurteilung hast du das Recht auf mindestens eine Einsicht in die Beurteilungsunterlagen und Prüfungsprotokolle, also auch die gestellten Prüfungsunterlagen. Solltest du zu einem fixen Termin zur Einsicht nicht können, ist dir ein Ersatztermin zu geben. Du hast das Recht, die Prüfungsunterlagen zu kopieren. Allerdings gilt dies nicht für Multiple Choice-Fragen.
- Wurdest du negativ beurteilt und wies die Prüfung einen schweren Mangel auf, so hast du zwei Wochen ab Bekanntgabe der Beurteilung Zeit beim studienrechtlichen Organ einen schweren Mangel glaubhaft zu machen. Sollte diese Prüfung dann aufgehoben werden, so darf diese Prüfung nicht zu deinen Prüfungsantritten dazugerechnet werden.
- Es müssen in jedem Fall Prüfungstermine für den Anfang, die Mitte und das Ende jedes Semesters angesetzt werden
- Die Lehrveranstaltungsleiter_innen müssen dich am Anfang des Semesters über die Inhalte, Methoden und Beurteilungskriterien der Prüfungen informieren
- Wenn du weitere Fragen hast, kannst du dich an das Bildungspolitische Referat (BiPol) deiner lokalen Hochschulvertretung (ÖH) wenden. Bei besonders schwierigen Fällen hilft auch das BiPol der ÖH-Bundesvertretung gerne weiter!

Studienbeihilfe – mehr für dich!

Im Juni 2017 wurde im Nationalrat das Gesetz zur Studienförderung, das z.B. die Studienbeihilfe regelt, novelliert. Was hat sich da geändert und was bedeutet das für Dich?

Nach österreichischem Recht sind die Eltern von Studierenden verpflichtet, für den finanziellen Bedarf ihrer Kinder bis zur Erreichung der Selbsterhaltungsfähigkeit aufzukommen. Dazu zählt auch der Abschluss eines zielstrebig betriebenen Studiums. Nur wenn die Eltern oder die der Studierende selbst nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln die mit einem Studium verbundenen Kosten zu tragen, soll die Studienförderung eingreifen.

SO ZUMINDEST IN DER THEORIE. In der Praxis wurde die Studienbeihilfe seit 1999 nicht mehr inflationsangepasst, viel zu wenige Studierende, die bedürftig wären, können sie nicht beziehen, da zu wenig Geld da ist und und und. Es stehen schlicht zu wenig finanzielle Mittel zur Verfügung, um allen Studierenden, die es brauchen würden, finanziell unter die Arme greifen zu können. Und dass der Bedarf besteht, ist unbestreitbar: Unzählige Studien, wie z.B. die Studierendensozialerhebung des Instituts für Höhere Studien (IHS), beweisen immer wieder, dass der Großteil der Studierenden nebenher arbeiten muss, um sich eine Wohnung, Essen, studienrelevante Dinge (wie Bücher, Materialien, etc.) oder öffentliche Verkehrsmittel leisten zu können.

Nun wurde im Frühjahr 2017 nach jahrelangem Stillstand in diesem Bereich im Nationalrat endlich eine Erhöhung der Studienbeihilfe und eine Ausweitung des Bezieher_innenkreises beschlossen. Grundsätzlich gibt es vier große Änderungen, die den Studierenden zugutekommen sollen.

1. Die Höchststudienbeihilfe wurde angehoben! Das bedeutet, jeden Monat (zumindest ein bisschen) mehr Geld pro Person.

2. Die sogenannte Auswärtigkeit wird nun neu geregelt. Grundsätzlich geht es hier darum, dass Studierende, die weit weg von ihrem Heimatort/ihren Eltern studieren, mehr Geld bekommen, da sie sich eine eigene Wohnung finanzieren müssen. Die Stipendienstelle berechnet hier anhand der Verkehrsdaten, deinem Heimatort, deiner Wohnadresse etc. die möglichen Verkehrswege. Belaufen sich die auf über eine Stunde Wegzeit, giltst du als auswärtig.

3. Bist du über 24 Jahre alt, erhältst du von nun an auch die höhere Höchststudienbeihilfe von 715 Euro statt wie bisher die niedrigere von 479 Euro.

4. Die Änderung, die viel mehr Studierenden erlauben wird, überhaupt Studienbeihilfe beziehen zu können, betrifft die zumutbare Unterhaltsleistung der Eltern. Bisher war es z.B. so, dass die zumutbare Unterhaltsleistung der Eltern ab einem Jahreseinkommen von 4.725 Euro bereits 10% betragen hat. Mit der Änderung gilt dies z.B. erst ab einem Jahreseinkommen von 11.273 Euro, was gerade Studierende, deren Eltern im Niedriglohnssektor arbeiten, stark entlasten kann.

Grundsätzlich bedeutet das also, dass nun nicht nur jene, die ohnehin schon Studienbeihilfe beziehen können, mehr bekommen werden, sondern, dass auch viel mehr Studierende überhaupt den Anspruch besitzen.

Unter www.stipendienrechner.at, einem Service der AK OÖ und der ÖH, kannst du dir ausrechnen, wieviel Studienbeihilfe du bekommen würdest. Du solltest jedoch unabhängig vom dortigen Resultat unbedingt einen Antrag stellen. Das Ergebnis des Rechners kann nämlich vom tatsächlichen Betrag abweichen.

Um die Antragstellung so einfach wie möglich zu gestalten, haben wir unter www.oeh.ac.at/studienbeihilfe eine Homepage und Videos vorbereitet, wo du eine Schritt-für-Schritt-Anleitung und Hilfe beim Ausfüllen der Formulare findest. Auch eine Liste, welche Dokumente beizulegen sind, findest du dort. Solltest Du sonst noch Fragen haben, wende dich an die Sozialbe-

ratung deiner jeweiligen Hochschulvertretung oder der ÖH Bundesvertretung (www.oeh.ac.at/sozial)! Du siehst, es gibt keinen Grund, keinen Antrag zu stellen. Go for it!

Dora Jandl studiert Bildungswissenschaften an der Uni Wien und arbeitet im Sozialreferat der ÖH

Wer bekommt wieviel?

ANSPRUCH HABEN:

- Österreichische Staatsbürger_innen
- Ausländische Staatsbürger_innen, die vor Studienbeginn bereits mindestens 5 Jahre in Österreich gelebt haben
- EWR-Staatsbürger_innen, wenn sie in Österreich die Hochschulreife erworben haben oder ihre Eltern in Österreich arbeiten, sowie sich seit 5 Jahren in Österreich aufhalten
- Konventionsflüchtlinge
- unter diesen Voraussetzungen:
 - Soziale Bedürftigkeit
 - Günstiger Studienerfolg
 - Einhaltung der Altersgrenze

Nähere Infos zu den Voraussetzungen findest du in unserer Sozialbroschüre (www.oeh.ac.at/downloads)!

BERECHNUNG:

Höchststudienbeihilfe abzüglich

- Zumutbare Unterhaltsleistung der Eltern
- Zumutbare Unterhaltsleistung des der Ehepartner_in
- Zumutbare Unterhaltsleistung des der Studierenden
- Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag
- Förderungen, die zum Zwecke der Ausbildung für den Zeitraum der Zuerkennung gewährt wurden.
- Die Höchststudienbeihilfe beträgt grundsätzlich 500 Euro.

Eine höhere Höchststudienbeihilfe von 715 Euro bekommen

- Studierende, ab dem 24. Geburtstag,
- auswärtige Studierende,
- verheiratete Studierende und Studierende in eingetragener Partnerschaft,
- Studierende, die zur Pflege und Erziehung mindestens eines Kindes gesetzlich verpflichtet sind,
- Vollwaisen und
- Selbsterhalter_innen

Auf diesen Betrag werden 12% aufgeschlagen. Unter www.stipendienrechner.at kannst du dir ausrechnen, wieviel Studienbeihilfe du ungefähr bekommen würdest. Da das Ergebnis aber abweichen kann, stelle auf jeden Fall einen Antrag!

FEUILLETON



PUTIN INTERVIEWS: VIEL RAUM FÜR SELBSTINSZENIERUNG



Foto: Kremlin

Der Filmemacher Oliver Stone erhielt beim Sarajevo Filmfestival den Publikumsaward für seine „Putin Interviews“. Eine Doku zwischen Friedensbotschaft und Selbstinszenierung. „Ich nehme diesen Preis im Zeichen des Friedens an.“ Mit diesen Worten empfängt Filmemacher Oliver Stone das „Honorary Heart of Sarajevo“. Eine Auszeichnung für sein Lebenswerk, verliehen im Rahmen des 23. Sarajevo Filmfestivals. In der Award-Zeremonie kritisiert er Trump, der „von Krieg redet als wäre es ein Spiel“ und appelliert an jene, die wissen was Krieg bedeutet, andere an die Schrecken des Krieges zu erinnern. Fast nebenbei empfiehlt er, seine vierteilige Doku „The Putin Interviews“ anzusehen.

Eine nicht uneigennützig Empfehlung, die nur teilweise nachvollziehbar ist. Sitzfleisch und Geduld sind gefragt, wenn man sich die Putin Interviews ansehen will. Nicht nur, weil die vier Gespräche zwischen dem russischen Staatspräsidenten und dem US-amerikanischen Filmemacher mit jeweils einer Stunde dementsprechend lange dauern. Sondern vor allem, weil es Oliver Stone kaum schafft, Putin mit kritischen Fragen zu konfrontieren. So wird Putin insbesondere zu Beginn Raum gegeben, um sich als sympathischer Mann zu inszenieren. Scherzend, eloquent und vorbereitet, wirkt Putin wie ein kluger Beobachter der Welt. Erst in den letzten beiden Episoden werden die Fragen kritischer, Putin wirkt auch mal verärgert, hin und wieder scheint seine Gelassenheit zu weichen.

Am ehesten als Friedensbotschaft können die Putin Interviews verstanden werden, wenn mensch davon ausgeht, dass sich die Doku an ein US-amerikanisches Publikum richtet. Ein Publikum, das von klein auf lernt,

Russland als Feind zu betrachten. Mit diesem Gedanken im Hinterkopf kommen die Putin Interviews als Angebot daher, sich ausnahmsweise die „andere Seite“ anzuhören.

Für mich überwiegt jedoch das Unverständnis für den zu unkritischen Zugang. Nach dem Screening in Sarajevo betont Stone, dass „toughe Fragen“ zu stellen – wie von vielen erwartet – nicht sein Stil sei. Muss es auch nicht sein. Dem russischen Staatspräsidenten vier Stunden lang eine Bühne zu bieten, muss aber auch nicht sein. Das Publikum in Sarajevo, unter ihnen wohl viele, die den Krieg miterlebt haben, war jedoch überzeugt. Es wählte Stones Dokumentarfilm zum Publikumsfavoriten.

The Putin Interviews (2017), Regisseur: Oliver Stone, 4-teilige Dokumentarfilm-Serie, je ca. 60 Minuten.

Valentine Auer arbeitet als freie Journalistin in Wien.

EIN KRIEGSVERBRECHER AUF DER SUCHE NACH VERGEBUNG



„Werde ich jemandem wie mir verzeihen können?“ Diese Frage steht am Anfang des Dokumentarfilms „The Unforgiven“. Gestellt wird sie von Esad Landžo. 1992, zu Beginn des Bosnienkrieges, kam er als 19-Jähriger als Wächter in das Gefangenenlager Čelebići. Sechs Jahre später wurde der Bosniake vom „Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien“ in Den Haag zu 15 Jahren Haft verurteilt. Die Vergehen: Willentliches Töten. Mord. Folter.

Der finnische Regisseur Lars Feldballe Petersen spannt einen Bogen von Landžos Jugend bis zu seinem Versuch, ein normales Leben zu führen. So erzählt Landžo, dass er auf die Kunstuni wollte, doch das Geld fehlte. Der Frust staut sich: „Du beschuldigst alle und

alles, sammelst die Wut auf wie ein Schwamm. Der Krieg war eine perfekte Möglichkeit, um das rauszulassen.“ Im Gefangenenlager wollte er seine Vorgesetzten beeindrucken. Daher machte er mehr, als er musste. Erklärungen, von denen es viele gibt, aber keine davon kann eine Entschuldigung sein. Das betont Landžo immer wieder. Zumindest nach seiner Entlassung. Eine Zeit, in der die Nächte von Schlaflosigkeit, die Tage von Resignation geprägt sind. Ihm ist klar, dass er weder Zukunft noch Gegenwart besitzt. Alles, was zu zählen scheint, ist seine Vergangenheit. Daher kehrt er zurück nach Bosnien-Herzegowina und sucht nach Vergebung. Dort trifft er auf seine Eltern, aber auch auf ehemalige Gefangene, die bereits vor dem Treffen mit ihrem Peiniger zu Wort kommen. Immer wieder hört man ein „Niemals“ von ihnen, „Ich kann niemals vergeben. Niemals vergessen.“

Der Filmemacher fängt die Situation eines Bosnien-Herzegowinas 22 Jahre nach dem Krieg ein. Nach wie vor Wunden auf allen Seiten. Dies zeigt sich auch in dem

Satz eines Bekannten Landžos, der auf sein Vorhaben sich zu entschuldigen mit Unverständnis reagiert: „Sie haben viel mehr gemacht. Niemand würde überhaupt zugeben, dass ein Genozid in Srebrenica stattfand.“ Sie. Das sind „die Serb_innen“.

Gleichzeitig wird das Publikum Zeuge einer beklemmenden Sprachlosigkeit. Weder Landžo, noch die ehemaligen Gefangenen können ihre Gefühle artikulieren. Immer wieder Stille, die sich bis zum Ende durchzieht. So bleibt die Antwort auf die Frage, was diesem ersten Zusammentreffen auf beiden Seiten folgte, aus: Welche Gefühle rief das Treffen mit Landžo bei den ehemaligen Gefangenen hervor? Und: Kann eine erste Annäherung aneinander die ethnischen Grenzziehungen im Land aufweichen?

The Unforgiven (2017), Regisseur: Lars Feldballe Petersen, Dokumentarfilm, 75 min.

Valentine Auer arbeitet als freie Journalistin in Wien.

ERINNERUNGSFETZEN (NICHT NUR) AUS KORK



Wer von einem Roman einen mitreißenden, verworrenen Plot erwartet, wird von „Fliegenpilze aus Kork“ enttäuscht. Der Band besteht aus kurzen Erinnerungsstücken, die aneinandergereiht die ersten zwanzig Lebensjahre der Protagonistin wiedergeben. Wobei diese Erinnerungen sich

beinahe ausschließlich um den Vater drehen, der sich recht früh im Leben der Tochter von der Mutter trennt und ein Leben als „Überlebenskünstler“ führt. Er nimmt die Erzählerin mit auf Baustellen, auf denen er schwarz arbeitet, zu den merkwürdigen Gottesdiensten einer christlichen Sekte und immer wieder

ins Theater, wo er die Lachsbrötchen der Gäste mit Logenplätzen klaut. Auch die väterliche Familie und deren Beziehungen zueinander sowie die Stiefschwester der Protagonistin werden in kurzen Vignetten beschrieben.

Marie Luise Lehner ist *progress*-Leser_innen vermutlich als Autorin der „Zweimal hingehört“-Plattenrezensionen bekannt, im Februar erschien nun ihr erster Roman. In kurzen Sätzen, in denen manchmal die kindliche Naivität mitschwingt, die gerade bei den frühen Erinnerungen sehr passend ist, beschreibt sie Kindheit und Heranwachsen entlang der Wochenendbesuche beim Vater und dessen Familie. Natürlich möchte der_die Leser_in dem Roman gleich unterstellen, autobiografisch zu sein – ob die Erinnerungen, die uns Lehner in einer feinen, mitreißenden Sprache präsentiert, erfunden oder „echt“ sind, ist jedoch

unwichtig. Besonders die Fremdscham für ihren Vater, der von seiner Weisheit überzeugt ist, alle Menschen die er trifft, zuquasselt und auf Homöopathie schwört, sehr nachvollziehbar ist – spätestens nachdem er ein Handy bekommt und Lehner uns seine SMS präsentiert, deren eigentliche Botschaft nur durch viel Raten zu erraten ist.

„Fliegenpilze aus Kork“ ist ein gelungenes Erstlingswerk, das – trotz seiner Kürze – sprachlich wie stilistisch überzeugt.

Marie Luise Lehner: Fliegenpilze aus Kork. Kremayr & Scheriau. Hardcover: 19,90 Euro, ebook: 14,99 Euro.

Joël Adami studiert Umwelt- und Bioressourcenmanagement an der Universität für Bodenkultur Wien.

**KÄPTN PENG UND DIE TENTAKEL VON DELPHI
„DAS NULLTE KAPITEL“**



MARIE LUISE: „Das nullte Kapitel“ ist am 19. Mai erschienen. Nach vier Jahren Pause das zweite Album von den Kerlen. Das Label ist „Kreismusik“, auf dem Cover ist ein Kopf aus dem Treppen hinein- und hinausführen zu sehen sind. Die Platte ist rund. Was sie tut: Sie kreist. Inhaltlich sind die Texte wie gewohnt bei Peng pseudointellektuell, die Metaphern werden Monster und beißen sich immer wieder in den Schwanz. Wenn man ihnen folgt, versuchen sie alles ad absurdum zu führen. Sie wollen die Synapsen in deinem Hirn verknoten, manche Rhythmes lassen aufhören und sind ganz schön gewitzt, es erinnert einiges an Poetry Slam. Jeder Satz scheint sich widersprechen zu sollen und jedes Wortspiel bedeutet alles und dann doch gar nichts. Die meisten Songs gab es vor der Platte schon online in Videoclips zu hören. Die Musik ist stellenweise stärker in den Vordergrund gerückt, als man das bei Käptn Peng im Kopf hat. Die Tentakel von Delphi beeindrucken ein wenig, sie musizieren diesmal auch mit Synthesizern, haben aber den gewohnten Hausrat nicht weggelassen: Sie schrammeln mit Bürsten, trommeln mit Töpfen, Klicken mit Fahrradklingeln, kippen Kübel, und zupfen auf Kontrabässen und präparierten Gitarren. Alles in allem ist die Platte nicht schlecht, aber besonderen Eindruck kann sie nicht hinterlassen, beinhaltet sie so viele Worte aber so wenig Inhalt.

Katja Krüger studiert Gender Studies an der Universität Wien.

KATJA: Vor kurzem kam bei einer Party die Frage auf, wohin der spielerische und gut gelaunte deutsche Hip-Hop der Neunziger Jahre verschwunden sei. Formationen wie die Fantastischen Vier, Fettes Brot oder Deichkind sind zwar immer noch irgendwie aktiv, aber spaßbefreite Gruppen à la Zugezogen Maskulin dominieren die Szene, ganz zu schweigen vom Cloud Rap, der sich nicht zwischen Spaß und Ernst entscheiden muss.

Aber dann gibt es eben noch Käptn Peng, der die letzten 20 Jahre deutsche Musikgeschichte ignoriert und mit nicht allzu geskillten Reimen und „echten“ Instrumentensounds statt elektronischen Beats Musik macht. Mit Hip-Hop oder Rap hat es nur auf dem Papier zu tun. Nicht nur das Konzept sondern auch die Platte „Das nullte Kapitel“ klingt dementsprechend nicht als wäre sie 2017 geschrieben und produziert worden. Es fehlt mir ganz einfach der Charme und z.B. Features anderer Künstler_innen, die ich bei Hip-Hop Alben ganz gerne hab.

**LANA DEL REY
„LUST FOR LIFE“**



MARIE LUISE: Lebenslust ist vielleicht nicht das erste Wort, das beim Hören des Albums in meinen Kopf kommt. Es sind die gewohnt düsteren, melancholischen Klänge, selbst sagt sie aber, sie habe mehr Spaß im Leben und das würde sich in ihrem Album widerspiegeln. Auf dem Cover lächelt sie. Die Platte ist am 21. Juli erschienen und mittlerweile ist schon aus vielen Boxen zu hören, wie sich Lana sehnen kann, wie sehr sie liebt und wie verführerisch sie sein kann. Ein bisschen politischer als früher gibt sie sich in "When The World Was At War We Kept Dancing" mit der Zeile: "Is it the end of America?". Offiziell hat sie angekündigt, die Amerikaflaggen, die in ihren früheren Bildern und Visuals oft vorkamen, in der derzeitigen politischen Situation aus ihrer Dekoration zu entfernen. Besonders politisch ist die Künstlerin nach wie vor trotzdem nicht. Nach der Zeile "He hit me and it felt like a kiss" wurde sie von vielen Seiten als Anti-Feministin bezeichnet. Auf dem neuen Album gibt es ein Lied mit dem Titel „God Bless America And All The Beautiful Women In It“. Es ist so schön wie viele von den Liedern ihrer neuen Platte. In zwei Liedern haben sich Hip-Hop Beats eingeschlichen, die ein wenig deplatziert wirken. Insgesamt ist alles allerdings sehr harmonisch. Es lässt sich nichts Schlechtes sagen, auch bei diesem Album handelt es sich um stilvollen Schmachtpop vom Feinsten.

Marie Luise Lehner studiert Sprachkunst an der Universität für angewandte Kunst und Drehbuch an der Filmakademie Wien.

KATJA: Es hat einige Zeit gedauert, bis ich das Konzept Lana Del Rey verstanden habe, aber mittlerweile zähle ich sie dank ihrer unaufgeregten Verlässlichkeit zu den aktuell talentiertesten und angenehmsten Popstars. Lana punktet mit ihrem dezent übertriebenen gekünstelten Stil der 50er und 60er Jahre und mit den ausnahmslos melancholischen, sehnsüchtigen Songs.

Nun heißt das neue Album „Lust for Life“ und es drängt sich die Assoziation mit Iggy Pop auf. Nichts könnte jedoch musikalisch weiter weg liegen. Wie immer räkelt sich die Stimme von Lana Del Rey in Liebeskummer, Erinnerungen an bessere Zeiten und Nachkriegszeitromantik. Letzteres ist durch die Songs „God Bless America – And All The Beautiful Women In It“ und „When the World Was At War We Kept On Dancing“ besonders präsent und nicht sonderlich reflektiert, was aber auch nicht ihre Aufgabe sein sollte. Ein wenig mehr Kritik könnte ihrer Musik tatsächlich nicht schaden, andererseits macht sie einfach die schönste Fahrstuhl- und Loungemusik seit Feist und das ist auch sehr wertvoll.

Theater-Rezension

**ENDLICH SAGT'S MAL WER:
NIEDER MIT DER LOHnarBEIT!**



„12-Stunden-Arbeitstag!“, „Arbeit neu bewerten!“, „Arbeitslosigkeit bekämpfen!“ – gerade im Wahlkampf ist Arbeit ein beliebtes Thema und die Parteien werden nicht müde ihre Forderungen dazu hinauszuposaunen. Aber keine stellt das Lohnarbeiten an sich tatsächlich in Frage! Da kommt ein Theaterstück wie „Endlich wird die Arbeit knapp“ gerade richtig.

Das Festival wienwoche steht unter dem Motto „Leben jenseits kapitalistischer Produktion“. Bei der Eröffnung wurde ein von Karl Marx inspiriertes „Volksbildungs-

Revuetheater“ inszeniert. Schließlich erschien vor 150 Jahren Das Kapital. Sätze wie „Das Reich der Freiheit beginnt erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung“, haben noch immer ihre Gültigkeit. Trotz Digitalisierung, Robotern und technischem Fortschritt scheint die Arbeit nicht weniger zu werden. Aber warum eigentlich? Im Revuetheater ist das Dolcefarniente von Marx der Hauptfokus dem sich das Stück in wechselnden Text- und Musikpassagen annähert. Zu Beginn treibt sich das Gespenst des Kommunismus herum und trifft im Café auf Denice Bourbon, Sissyboi und Drehli Robnik. Es bietet eine Vorstellung davon, wie es denn wäre in einer klassenlosen Gesellschaft zu leben, bei der endlich die Arbeit knapp geworden ist. Diese ideale Zielvorstellung – dieser Traum des süßen, guten Lebens - wird in unserer Welt, in der Probleme wälzen

zur Alltag gehört, selten künstlerisch und schon gar nicht politisch verarbeitet. Danach wird gefeiert, ganz im Sinne von „Wenn ich nicht tanzen kann, ist es nicht meine Revolution“.

Ein großartiges Stück, das Spaß macht. Auch, weil die Lohnarbeit also solche kaum mehr in Frage gestellt wird. Fangen wir wieder damit an. Müßiggang für alle!

Das Stück sucht weitere Orte wo es aufgeführt werden kann. Hinweise an: 50yearsafter@gmail.com

*Konzept: Heide Hammer, Kurto Wendt
Text & Regie: Shara Av
Musik: Denice Bourbon, Mayr, Esrap, Canned Fit*

Karin Stanger studiert Zeitgeschichte an der Universität Wien.

Trümmer zusammenfügen - Zeitreisen und Emanzipation

Seit 1963 überwindet die britische TV-Serie Doctor Who Raum-, Zeit- und Genre-grenzen. Ende dieses Jahres wird auch die Gendergrenze überschritten und erstmals eine Frau die Rolle des zeitreisenden Doctors ausfüllen.

Die von der öffentlich-rechtlichen BBC produzierte Serie umfasst mittlerweile 839 Folgen, von denen jedoch 97 nach wie vor verschollen sind. Die Prämisse ist leicht erklärt und hat sich 54 in Jahren kaum verändert: Der Doctor, ein mysteriöser Außerirdischer, reist mit seiner TARDIS – einem Raumschiff, das innen größer ist als außen – durch Raum und Zeit und wird dabei von wechselnden Companions begleitet. Stirbt der Doctor, regeneriert er sich in einem neuen Körper. Seit der Darsteller des ersten Doctors aus gesundheitlichen Gründen aus der Serie ausschied, waren 13 Schauspieler in der Rolle zu sehen.

FORTSCHRITT. Diesen Sommer wurde mit Jodie Whittaker erstmals eine Frau für die Rolle des mittlerweile fast 2000 Jahre alten Time Lords gecastet. Sie wird im kommenden Christmas Special erstmals zu sehen sein. Frauen war bisher primär die Funktion des Companions vorbehalten, die den Doctor auf seinen Reisen begleiten. An ihnen sind auch die jeweils herrschenden Frauenbilder ihrer Zeit gut ablesbar. Waren Sie in den Anfangsjahren der Serie oftmals kreischende, vor diesem oder jenem Monster weglaufernde Damsels in Distress, schlug sich mit dem Casting von Elisabeth Sladen als Sarah Jane Smith der Second Wave Feminismus in der Serie nieder. Sie begleitete als investigative Journalistin den dritten und vierten Doctor. 30 Jahre später trat sie ein weiteres Mal an der Seite des zehnten Doctors in Erscheinung und bekam schließlich mit The Sarah Jane Adventures eine eigene, an Kinder gerichtete, Spin-off Serie, die es auf fünf Staffeln brachte und erst eingestellt wurde, als Sladen 2011 starb. Über ihren Tod wurde nicht nur in den BBC Nachrichten, sondern auf den Titelseiten vieler britischen Tageszeitungen berichtet.

Im Unterschied zu anderen Science-Fiction-Formaten kam es bei Doctor Who nie zu einem Reboot.

Zwar machte die Serie von 1989 bis 2005 Zwangspause, „New Who“ bildet aber eine Kontinuität zur alten Serie und erzählt die Geschichte mit höheren Produktionsbudgets und den ungleich größeren technischen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts weiter. Die Queer as Folk Produzent_innen Russell T Davies und Julie Gardner waren für die ersten vier Staffeln der neuen Serie verantwortlich. Doctor Who hatte auch in der Neuauflage viel Mut zu Trash- und Camp-Ästhetik. Zugleich war die Serie gesellschaftspolitisch in vielerlei Hinsicht progressiv aufgeladen. Rose Tyler (Billie Piper), der Companion des neunten und zehnten Doctors, lebt mit ihrer alleinerziehenden Mutter in einer Londoner Sozialwohnung. Mit Martha Jones (Freema Agyeman) und Mickey Smith (Noel Clarke) wurden die ersten schwarzen Companions gecastet und mit Captain Jack Harkness (John Borrowman) ein bisexueller, unsterblicher Held etabliert, der zudem Hauptfigur der Spin-off Serie Torchwood ist. Der neunte Doctor kämpft in der Zukunft gegen einen omnipotenten Medienkonzern und in der Gegenwart gegen Aliens, die sich als dicke Politiker_innen getarnt der Regierungsgewalt bemächtigen wollen. Der zehnte Doctor wird zeitweise zum Ökologie-Aktivist und unterstützt einen Sklav_innenaufstand. Die jüngste Staffel, die an einer englischen Universität spielt, wurde über weite Strecken aus Sicht einer jungen, schwarzen, lesbischen Frau erzählt, die dort als Pommes-Verkäuferin arbeitet, und thematisiert u.a. Whitewashing als rassistische Praxis von Geschichtswissenschaften und Medien.

FANKULTUR. Der zu erwartende und insbesondere von männlichen Fans getragene antifeministische Shitstorm blieb nach dem Casting Whittakers nicht aus. Er bekam es aber mit der ungewöhnlich entschlossenen Gegenwehr vieler Doctor Who Fans zu tun, die die abstrusen Sorgen der sexistischen Trolle systematisch ins Lächerliche zogen. Auch eher apoli-

tische Doctor Who Vlogger_innen sprachen sich mit großer Mehrheit für die weibliche Besetzung aus.

Doctor Who hatte bereits in den 1980ern eine nicht zu vernachlässigende queere Fanbase. Dass eine der Hauptfiguren von Queer as Folk großer Doctor Who Fan ist, kann als Reminiszenz darauf gedeutet werden. Mit der Fortsetzung der Serie ab 2005 intensivierte sich auch die Wechselwirkung von LGBTIQ-Fans und Serie.

Anne Marie studiert Internationale Entwicklung an der Universität Wien und sah bereits in ihrer Kindheit vereinzelt Doctor Who Folgen, als die Serie auszugsweise im deutschen Fernsehen zu sehen war. „Doctor Who kam glaub ich immer Sonntag morgens auf VOX“, erinnert sich Anne Marie. „Ich bin aufgestanden, wenn meine Eltern spazieren waren und hab mich verbotenerweise vor den Fernseher gesetzt – damals habe ich mir oft gewünscht, dass mein Vater wie der Doctor wäre“, so Anne Marie weiter. Die meisten Fans im deutschsprachigen Raum kamen nach 2005 via Internet mit dem Phänomen in Berührung. „Ich bin erst durch die neue Serie auf Doctor Who gestoßen und da auch erst, als David Tennant der Doctor wurde“, erzählt Sarah, die an der Akademie der bildenden Künste studiert. Anne Marie hingegen hat erst 2010 begonnen, die neue Serie zu schauen – beim wöchentlichen Ritual ist es geblieben, allerdings unter anderen Vorzeichen: „Ich habe mit der Tradition weitergemacht, sie sonntags zu sehen – jetzt allerdings mittags und restfett“. Doctor Who bespielt viele Genres und ist nicht selten Romanze, Melodrama, Satire und Slapstickkomödie zugleich. „Interessanterweise ist es für mich mehr eine Abenteuer-Detektiv Geschichte mit guter Dramaturgie und interessanten Charakteren“, meint Sarah.

CHRISTLICHE MOTIVE. Obwohl Doctor Who auf einer inhaltlichen Ebene oft – aber keineswegs im-



Illustration: Richard Klippfeld

mer – gesellschaftspolitisch progressiv ist, wird die emotionale Wirkung auf die Rezipient_innen nicht zuletzt durch die formale Inkorporierung zentraler christlicher Motive entfaltet, die in der Serie beständig wiederholt und variiert werden. Der Figur des Doctors ist etwas Messias-artiges eingeschrieben. Sie opfert sich, um die Welt zu retten und muss dabei teils extremes Leid über sich ergehen lassen. Findet sie dabei den Tod, kommt es zur Wiederauferstehung. Nicht zufällig spielte Christopher Ecclestone bevor er als neunter Doctor gecastet wurde in der Miniserie *The Second Coming* den zurückkehrenden Christus. Auch nicht zufällig stammt das Drehbuch dazu ebenfalls von Russell T Davies. Die Figur des 9. Doctors ist dem in Manchester predigenden Working Class Jesus in vielerlei Hinsicht ähnlich.

Nun sind Motive der Erlösung oder der Überwindung des Todes nicht per se problematisch. Gerade der jüdische Messianismus inspirierte auch viele Kommunist_innen, da er die Chance bietet auf gesellschaftlicher Ebene großes emanzipatorisches Potential zu entfalten. Im Christ_innentum kommt allerdings das Motiv des Selbstopfers, des für ein höheres Ziel Sterbens, hinzu. Dieses Motiv zieht sich in säkularisierten Varianten wie kaum ein anderes durch die Kulturindustrie.

Die Tragik der Menschheit besteht nicht zuletzt darin, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse Individuen tatsächlich in Situationen bringen, in denen sie sich opfern müssen, um andere zu retten – ein Motiv, das etwa im letzten Harry Potter Band zentral ist und auch bei Doctor Who wiederholt in Erscheinung tritt. Die Ästhetisierung dieses Selbstopfers tendiert jedoch meist dazu, selbigem einen tieferen Sinn zuzusprechen, anstatt seine Notwendigkeit zu beklagen. Faschismus und Nationalsozialismus betrieben einen regelrechten Opferkult, der sich in Denkmalinschriften wie „Deutschland muss

leben, auch wenn wir sterben müssen“ niederschlug. Zwar opfern sich Menschen in Doctor Who nicht für verurteilenswerte Zwecke wie die deutsche Nation (und auch nicht für die britische), in der 8. Staffel entwickelt sich jedoch eine Dynamik, in der das Selbstopfer militärisch gedacht und in Verbindung mit viel soldatischem Habitus dargestellt wird. Diese Staffel fällt auch dadurch negativ auf, dass Schmerz und Angst mehrfach als gut und wichtig statt als abschaffungswürdig benannt werden.

Viel geschrieben wurde über die Musik zu Doctor Who, die von Murray Gold komponiert und vom BBC National Orchestra of Wales vertont wird. Ähnlich wie das wiederkehrende Motiv des Selbstopfers ist die Musik opulent und hochgradig emotionalisierend, bei genauerer Betrachtung aber auch recht holzschnittartig. Sowohl einzelne Personen als auch Planeten und spezifische Ereignisse sind mit jeweils eigenen musikalischen Motiven verbunden. Kenner_innen der Musik wird durch den Einsatz oder der Variation eines bestimmten Motivs oft schon frühzeitig verraten, worauf man sich gegen Ende der Folge gefasst machen kann.

ENGEL DER GESCHICHTE. In starkem Kontrast zum beschriebenen Opferkult steht zum Beispiel die Doppelfolge „The Empty Child“/„The Doctor Dances“, in der sich Rose Tyler und der neunte Doctor im London der 1940er Jahre während des Bombardements durch die Nazis befinden. Selbstironisch auf die Handlung der Folge und wohl auch auf Doctor Who insgesamt verweisend, meint der Doctor schon zu Beginn, dass er sich nicht sicher sei, ob man es hier mit „marxism in action“ oder einem „West End Musical“ zu tun habe. Im weiteren Verlauf hören wir einen mitreißenden antifaschistischen Monolog Rose Tylers und am Ende der Folge sehen wir den freudestrahlenden Doctor „Everybody lives Rose, just this once!“ ausrufen.

Den größten inhaltlichen Unterschied zwischen alter und neuer Serie bildet die Zerstörung des Planeten Gallifrey, auf dem der Doctor seine Kindheit verbrachte und der die an eine antike Hochkultur erinnernde Gesellschaft der Time Lords beherbergte. Diese Ereignisse fanden im Rahmen des „Time War“ statt, der in der Serie nicht zu sehen ist und sich dem Publikum nur fragmentarisch erschließt. Die Vernichtung Gallifreys und der Time Lords lassen den Doctor als letzten seiner Art zurück. Insbesondere bei Doctor 9 und 10 resultiert daraus eine massive Überlebensschuld. „Ecclestones Doctor hatte klar PTSD und war ein gebrochener Mann, der versucht, klar zu kommen, sich in Rose verliebt und mit ihr sein Trauma überwindet“, meint Anne Marie.

Der Philosoph Walter Benjamin beschrieb in seinen Thesen „Über den Begriff der Geschichte“ ein Bild von Paul Klee, in dem er meinte, den Engel der Geschichte zu erkennen. Für den Angelus Novus ist die Vergangenheit ein einziger großer Trümmerhaufen. Er möchte die Trümmer zusammenfügen, wird jedoch von einem beständigen Sturm, der für den Fortschritt steht, von den sich immer weiter auftürmenden Trümmern fortgeblasen. Der Wind weht den Engel in eine Zukunft, die er nicht sehen kann, weil er ihr den Rücken zuwendet. Einige dieser Motive lassen sich in der 2013 anlässlich des 50. Geburtstags von Doctor Who aufwendig produzierten, spielfilmlangen Folge „The Day of the Doctor“ wiederfinden. Dem Doctor gelingt darin etwas, woran der Engel der Geschichte gescheitert war. Was genau, wäre aber zu viel verraten ...

Florian Wagner studierte Theater-, Film- und Medienwissenschaft an der Universität Wien.



Foto: Benjamin Storck

„You can't be funnier than Trump“

Auch wenn es Monty-Python Legende John Cleese selber nicht ganz verstehen kann: Beim Sarajevo Filmfestival erhielt er das „Honorary Heart of Sarajevo“. Progress war dabei.

Aus dem Nichts heraus beginnt er immer wieder zu lachen. Oder vielleicht hustet er auch. Ist man mal 77 Jahre alt lässt sich das manchmal nicht unterscheiden. Neben dem bosnischen Nationaltheater im Freien sitzend, erzählt die „Monty Python“ Legende John Cleese dem Publikum des „Sarajevo Film Festivals“ Anekdoten aus seinem Leben, versucht sein Verständnis von Humor zu erklären. Einen Tag zuvor würdigte das größte südosteuropäische Filmfestival das Leben des John Cleese.

SARAJEVO FILMFESTIVAL ALS „KUNST DES WIDERSTANDS“.

„Das ‚Honorary Heart of Sarajevo‘ geht an jemanden, der uns wahrlich zum Lachen brachte. An jemanden, der uns lehrte, dass Humor und Ironie Leben retten können. In Sarajevo wissen wir das so gut“, erklärt Festival-Direktor Mirsad Purivatra die Entscheidung, den Minister des „Silly Walks“ mit dem Herzen Sarajevos zu ehren. Mirsad Purivatra ist auch jener Mann, der noch während der Belagerung Sarajevos 1993 ein Kino in Sarajevo eröffnete und 1995 als „Kunst des Widerstandes“ das Festival zum ersten Mal organisierte.

„Es ist ziemlich außergewöhnlich, dass dieser Mann während der schrecklichen Zeit der Belagerung ein Kino eröffnete. Was für ein wunderschönes Statement darüber, was eine Person machen kann, wenn man nichts machen kann“, zeigt sich Cleese beeindruckt über die Geschichte des Festivals. Das ist auch ein Grund, wie so er berührt ist, wenn zugleich ein

wenig beschämt, diese Auszeichnung zu erhalten.

Beschämt vor allem aufgrund seiner Vorgänger: Zu den Empfängern des „Honorary Heart of Sarajevo“ zählen Stars wie Robert De Niro, Martin Scorsese oder heuer – gemeinsam mit Cleese – Oliver Stone: „Oliver Stone hat 20 Filme und acht Dokumentarfilme gedreht und macht immer noch weiter. Das ist Hingabe. Ich dagegen habe im Großen und Ganzen vier Monty Python Filme gemacht“, gibt sich Cleese bescheiden.

CLEES LANGE BIOGRAPHIE

KURZGEFASST. Ganz so stimmt das nicht: Bereits vor der Gründung Monty Pythons war Cleese als Drehbuch- und Sketch-Autor sowie als Darsteller (u.a. am Broadway) tätig. Ab 1965 begann er, gemeinsam mit einem künftigen Python-Mitglied (Graham Chapman), für die satirische TV-Sendung „The Frost Report“ zu schreiben. Hier lernte er nach und nach weitere Pythons kennen. Immer bekannter werdend im BBC-Universum, fanden sich die Pythons zusammen. Im Oktober 1969 war es soweit: Die erste Staffel von „Monty Python's Flying Circus“ wurde ausgestrahlt. Und ab da wird die Liste länger und länger. Neben den vier Python Filmen schrieb und spielte John Cleese in „A fish called Wanda“ mit. Berühmtheit in England erhielt er zudem als Basil Fawlty in der Serie „Fawlty Towers“, die er gemeinsam mit seiner damaligen Ehefrau schrieb. Hinzu kommen universitäre Tätigkeiten, wie als Rektor an der Universität von St. Andrews, wo er unter anderem

die Position und Mitbestimmung der Studierenden stärkte.

Einen Award, der sein Leben auszeichnet, kann er also ruhig annehmen, wenn auch, wie er betont, „nicht als Filmperson, sondern als Comedian. Denn wir befinden uns in einer Zeit der Weltgeschichte, in der wir Comedians mehr denn je brauchen“, ist sich Cleese sicher.

Gleichzeitig ist ihm durchaus bewusst, dass Komödien in den letzten Jahren immer platter werden. Den Grund dafür sieht er in der sich verändernden Demographie der USA. In den letzten Jahren wird versucht das Publikum in das Kino zu bringen, indem die Hauptcharaktere auf 19-jährigen, weißen Männern beruhen. „Das Problem mit US-amerikanischen weißen Männern, die 19 Jahre alt sind, ist, dass ihnen jedes Allgemeinwissen fehlt. Das bedeutet, du kannst nur Witze über eine sehr limitierte Anzahl von Themen machen“, erzählt Cleese weiter und weiter über sein – so scheint es – Lieblingsthema, nämlich wie Menschen zum Lachen gebracht werden können, wie Humor funktioniert und wie er filmisch umgesetzt werden kann.

KRITIK DES KOMISCHEN. Und welche Rolle die Kritik dabei spielt: „Bei Comedy geht es um menschliches Versagen. In diesem Sinne ist Comedy grundsätzlich kritisch, kritisch gegenüber dem menschlichen Verhalten.“ Unter anderem spielt dabei die Kritik an Politiker_innen bei vielen Comedians eine Rolle. Eine Kritik, deren Ausübung zunehmend schwieriger

wird. Die Welt und ihre Politiker_innen werden verrückter. Eine Welt, die sich Comedians gar nicht ausdenken können. Oder wie es Cleese auf den Punkt bringt: „You can't be funnier than Trump“.

Und doch wird es immer noch absurder: Es ist einer der Momente, in dem John Cleese in plötzliches und lautstarkes Lachen ausbricht. Das Publikum macht mit, wohl aufgrund seines ansteckenden Lachens – denn viel hat er noch nicht gesagt, außer „diese schreckliche Kreatur Rupert Murdoch“. Ihm ist eingefallen, dass dieser Murdoch Trump beraten soll. „So etwas könntest du nicht schreiben, nicht erfinden, es ist wahnsinnig“, wiederholt Cleese immer wieder.

Er wird seine Zuhörer_innen wohl noch oft mit seinem einnehmenden Lachen anstecken. Und die Frage „Ist es eine Tragödie oder eine Komödie?“ im Zweifelsfall mit Komödie beantworten. Auch wenn es um den Tod geht: „Wie schrecklich kann es sein, dass wir alle sterben? Das wäre wie zu sagen, dass es schrecklich ist, dass wir alle zwei Beine haben“, ist für Cleese auch noch im hohen Alter klar. Eine Einstellung, die wohl Comedians vorenthalten ist, zumindest, wenn man Cleeses Worten Glauben schenkt: „Was ich an Comedians mag, ist, dass sie eine leicht eigensinnige Haltung haben, die sehr erfrischend sein kann in einer Welt, in der es so viel konventionelles Denken gibt.“

Valentine Auer arbeitet als freie Journalistin in Wien.

WISSENSCHAFT UND POLITIK



FAKTEN - FAKTEN - FAKEN

Wessen Wahrheit spiegeln Kriminalitätsstatistiken wider - und warum haben Lügen in der Politik so lange Beine?

Als im vergangenen Mai die Kriminalitätsstatistik von 2016 veröffentlicht wurde, gab es an den Zahlen einiges an Kritik, unter anderem von Kriminalsoziologen Reinhard Kneissl, der die fehlende wissenschaftliche Begleitung und nicht haltbaren Zahlen kritisierte.

So scheint die „Ausländerkriminalität“ stark gestiegen zu sein, die Klassifizierungen „fremder“ Tatverdächtiger entsprächen laut Kneissl jedoch nicht wissenschaftlichen Kriterien. Es handle sich um eine Vermengung von verschiedenen Kategorien wie Beruf und Aufenthaltsstatus. Dadurch komme es beim Eintrag in die Statistik schon zu Unklarheiten.

Zudem fehlt jede Spur von „police performance indicators“: Daten, die das Vorgehen der Polizei beschreiben, vor allem wie und wen sie kontrolliert. Natürlich gibt es mehr Anzeigen über Drogendelikte gegen Migrant_innen, wenn die Polizei primär Migrant_innen kontrolliert. Aber der Polizeibericht zur Kriminalitätsstatistik setzt sich lieber nicht mit racial profiling und anderen Rassismen auseinander und ignoriert ihre Einflüsse auf die Statistik. Abgesehen davon, dass somit schon die Erhebung der Daten nicht objektiv geschieht, kann auch keine unabhängige Evaluierung dieser Daten stattfinden, da sie nur für die polizeieigene Verwendung zugänglich sind. Es werden also nur die Ergebnisse präsentiert und nicht die Datenrohmasse.

GLAUBE KEINER STATISTIK, DIE DU NICHT SELBST GEFÄLSCHT HAST. Die Kriminalstatistik ist eine Anhäufung von Rohdaten und Fakten. Um Daten begreifbar zu machen, werden sie sortiert, zusammengefasst und ausgewertet. Das ist die zentrale Aufgabe der Statistik. Als erster Schritt bestimmt die Polizei welche Daten überhaupt erhoben werden und welche nicht. Im zweiten Schritt werden diese vom erhebenden Organ, der Polizei, präsentiert. Auslassungen und Vereinheitlichungen sind hier nicht a priori falsch. Ohne eine Ordnung der Daten könnte man sie nicht erfassen und verstehen. Doch dieser Schritt ist nicht wert- und herrschaftsfrei. Dass beispielsweise keine Indikatoren zur Polizei Performance erhoben werden, ist kein Zufall, sondern politisch gewollt. Statistik muss nicht lügen, Zahlen müssen nicht gefälscht sein. Die Erhebung der Daten, deren Ordnung und Präsen-

tion sind niemals rein objektiv. Daten und Fakten haben keine Bedeutung per se, sondern unterliegen immer einer Interpretation. „Fakten sind zentral. Sie haben aber keine objektive Bedeutung, das ist ein Irrglaube. Andernfalls gäbe es keinen politischen Streit“ so Sprachforscherin Elisabeth Wehling (im Tagesspiegel).

FAKTEN - FAKTEN - FAKTEN. In unserer gesellschaftlichen Vorstellung gibt es jedoch eine interpretationsresistente Wahrheit, die eindeutig erfahrbar sei. So kommt es zu dem idealisierten Dreisatz:

- Person XY geht einer Lüge auf den Leim oder hat eine falsche Vorstellung.
- Person XY wird mit der Wahrheit konfrontiert.
- Die Wahrheit wird angenommen, die falsche Vorstellung korrigiert.

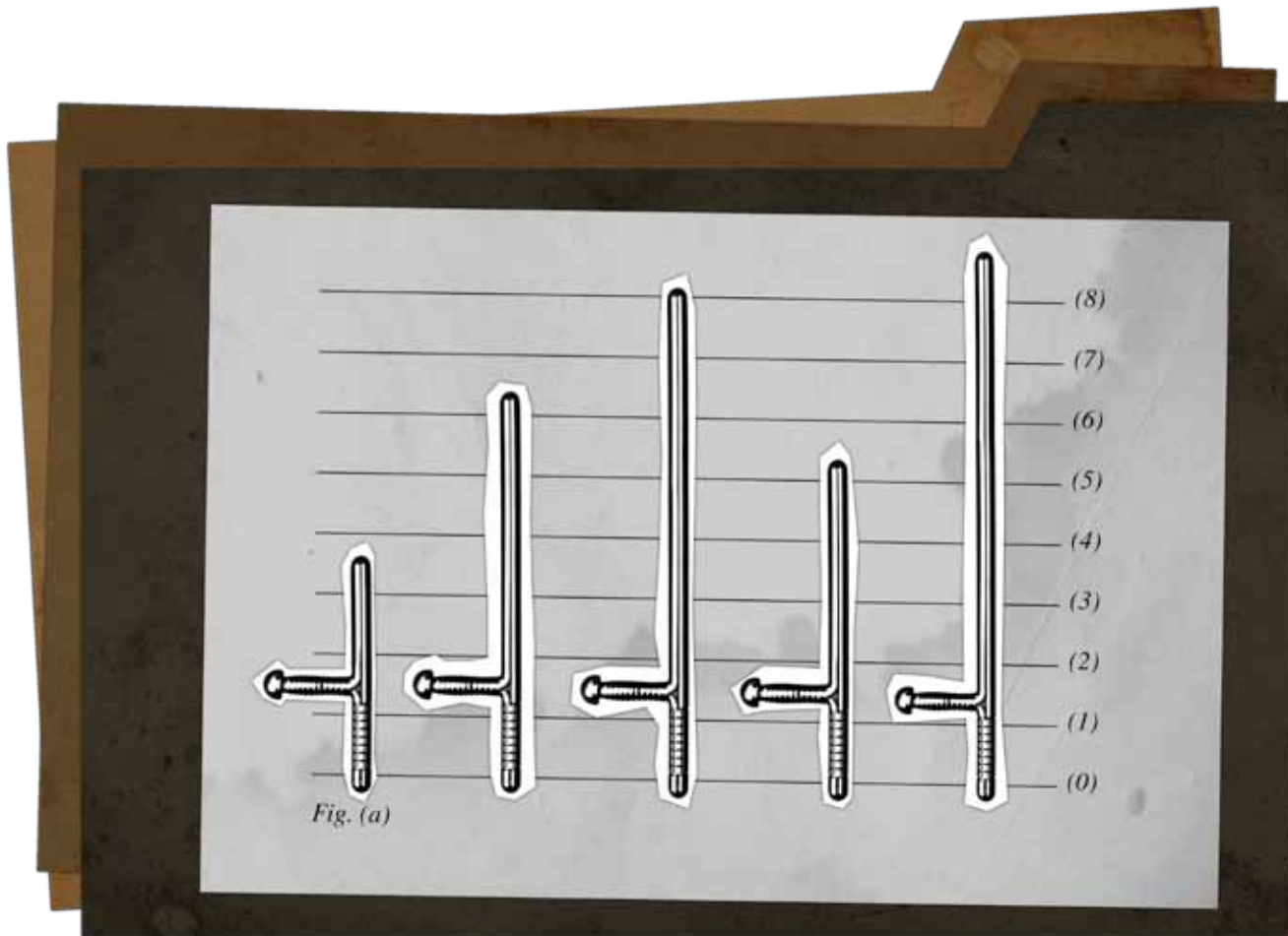
Auf diesem Dreisatz bauen alle Faktenchecks auf. Immer häufiger wird nach Wahldebatten oder Behauptungen von Politiker_innen auf Faktenchecks gesetzt. Im US-Wahlkampf war ein ganzes Team von Hillary Clinton dabei, in Debattenechtzeit alle Aussagen von Donald Trump zu überprüfen. Auch in Österreich ist es ein beliebtes zivilgesellschaftliches Mittel, die Aussagen der FPÖ einem Faktencheck zu unterziehen um sie als Lügen zu entlarven. Doch das Ganze hat einen Fehler: es wirkt nicht. In den USA glauben Trump Befürworter_innen immer noch, dass Trump die Mehrheit der Stimmen erhielt, obwohl dies tatsächlich sehr leicht nachprüfbar nicht der Fall war.

Aber warum wirken Faktenchecks nicht? Politikwissenschaftler Brendan Nyhan beschäftigt sich seit Jahren mit diesem Phänomen, seit er Anfang der 2000er eine Faktencheck-Webseite ins Leben rief und merkte, dass die Aufdeckung von Lügen politisch äußerst selten Konsequenzen hatte. Nyhan näherte sich dem Problem interdisziplinär und verortete verschiedene Problematiken. Erstens überprüfen Menschen tatsächlich sehr selten Quellen oder die Statistiken, die sie konsumieren. Das liegt nicht daran, dass wir alle zu faul dazu sind, sondern dass es schon aus reinem Zeitmangel nicht möglich ist, immer alles zu überprüfen. So vertrauen wir Quellen, die wir oft heranziehen und die sich als vertrauenswürdig erwiesen haben, ohne

sie jedes Mal zu überprüfen. Wird also beispielsweise eine Studie über islamische Kindergärten von einem renommierten Professor der Universität Wien veröffentlicht, glaubt man dieser wegen der Reputation der Institution. Ein Vertrauensverlust beginnt dann, wenn sich herausstellt, dass die Institution dem guten Ruf nicht gerecht wird. Nun steht nicht nur der eine Wissenschaftler in der Kritik, sondern die gesamte Institution erfährt eine Abwertung und viele Menschen sehen das Vorurteil bestätigt, dass Wissenschaft nur denen nützt, die sie in Auftrag geben. Berechtigte Wissenschaftsskepsis gleitet so leicht ab in Antiintellektualismus, vor allem wenn die Institution eher ihre eigenen Leute schützt als gegen Fehlverhalten vorzugehen. Und wer einmal lügt, dem glaubt man nicht (mehr).

Den zweiten Grund, warum Faktenchecks nicht das gewünschte Ergebnis haben, leitet Nyhan psychologisch her: „There’s a high cost to accepting evidence that contradicts our beliefs“ (Nyhan in „Why fact-checking can’t stop Trump’s lies“). Es ist psychisch schwierig, sich einzugestehen, dass man falsch liegt. Oft würde dann nicht nur eine Lüge in sich zusammen fallen, sondern ein ganzes Weltbild und Glaubenssystem. Auch soziologisch müsste ein hoher Preis bezahlt werden. Oft ist unser soziales Umfeld zusammengesetzt aus Menschen, die die gleichen Vorstellungen und politischen Meinungen haben. Diese zu ändern hieße dann, Familie und Freund_innen ständig widersprechen zu müssen, im schlimmsten Fall droht ein Ausschluss aus eben diesem sozialen Umfeld. Wir werden skeptisch gegenüber allem, was nicht unseren Vorstellungen entspricht. Dieses Phänomen betrifft beide Seiten des politischen Spektrums, auch Linke sind davor nicht gefeierter als Rechte. So ist es oft der erste Instinkt von Linken bei steigender „Ausländerkriminalität“, die Statistik zu hinterfragen und nach Erklärungen zu suchen, warum diese höher ist als die „Inländerkriminalität“, etwa rassistische Kontrollen oder höhere Armutsraten und weniger legale Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten. Rechte fühlen sich von der Statistik in ihrem Denken bestätigt, doch viel häufiger trat dieses Jahr ein anderes Phänomen auf. Statt der ihrem Weltbild entsprechenden Statistik Glauben zu schenken, wurde diese von mehreren Rechten in Zweifel gezogen. Ihnen waren die Zahlen zu niedrig. Gerade die Anzeigen gegen Asylwerber_innen seien viel zu niedrig.

Illustration: Tobias Stadler



„ICH HAB G'HÖRT“. Am 6. März postete die „Zeit im Bild“ einen Beitrag zur Kriminalitätsstatistik auf Facebook. Gleich darauf begann eine hitzige Diskussion, die so rassistisch verlief, dass große Teile davon gelöscht werden mussten. Ein rechter User beharrte darauf, dass die Statistik nicht stimmen könne, da die Polizei keine Anzeigen gegen Asylwerber_innen aufnehmen würde. Aufgefordert dies zu belegen, entgegnete der User, dass in Untermauerbach ein Freund von einem Freund von Asylbewerberinnen krankenhaushausreif geprügelt worden sei und weder Krankenhaus noch Polizei die Anzeige annehmen wollten. Seine Diskussionsgegner_innen machten sich die Mühe und riefen in Untermauerbach an und befragten Polizei und Krankenhaus. Es meldete sich sogar ein Untermauerbacher zu Wort, der angab, noch nie von diesem Vorfall gehört zu haben. Auch im Internet ist nichts Entsprechendes zu finden. Daraufhin entgegnete der rechte User, dass die Medien und der Staat diese Meldungen unterdrücken würden. Jede weitere Präsentation von Fakten wurde als weiterer Beweis für die Verschleierung der Tatsachen abgeschmettert. Dieser User ist bei weitem nicht der Einzige, der keiner Statistik glaubt und dessen Denken derart von Verschwörungstheorien durchzogen ist, dass mit der Präsentation von reinen Fakten keine Diskussion zu gewinnen ist.

DER SCHADEN IST ANGERICHTET. Bestätigung finden rechtsextreme Verschwörungstheoretiker_innen auf Internetseiten und in sozialen Netzwerken. Während Massenmedien früher die Torwächterfunktion hatten, Daten zu filtern und zu überprüfen, kann heute jede_r mit Internet-

zugang Bestätigung für die krudesten Verschwörungstheorien finden. Wurden früher wenigstens die härtesten Formen von Rassismus durch die Medien gefiltert, hat der Menschenhass nun freie Bahn in Facebook-Gruppen und Foren. Facebook-Seiten wie die von HC Strache mischen kräftig mit. Strache verhilft mit seiner enormen Reichweite Medien wie unzensuriert.at zu Beachtung. Bis ein Beitrag als Lüge entlarvt wird, ist er schon hunderttausendmal gesehen und geteilt worden. Der Widerruf findet zumeist nicht die gleiche Verbreitung. Faktencheck-Seiten wie kobuk.at haben nicht dieselbe Reichweite und auch ein ganz anderes Publikum.

Da etablierte Medien nicht die gleichen Fehlinformationen verbreiten wie unzensuriert.at und Co. entsteht der Eindruck, dass diese bestimmte Meldungen unterdrücken. Das Vertrauensdefizit in die Medien wächst. Aber auch etablierte Massenmedien unterstützen durch ihren Anspruch an falsch verstandene Objektivität rassistische Lügen. Da man „alle Seiten zu Wort kommen lassen“ möchte, werden rassistische Lügen als sagbare Meinungen dargestellt. Der scheinbaren Objektivität verpflichtet, können Strache und Co. vor Millionenpublikum von „Asylmissbrauch“ sprechen, ohne dass die Moderation groß widerspricht. Der Soziologe Herbert Marcuse nennt dies „unterschiedslose Toleranz“: Diese sei ein „Instrument der Fortdauer von Knechtschaft“. Er plädiert dafür, dass bestimmte Dinge nicht gesagt oder gedruckt werden dürfen. Als Gradmesser dafür schlägt er die Wahrheit, die geschichtlich klare Tatsache vor. Hierauf stützt sich das Verbotsgesetz in Österreich.

Nur was tut man in Situationen, bei denen es sich nicht um „geschichtlich klare Tatsachen“ handelt, wie der Kriminalitätsstatistik?

Die Erhebung von Statistiken ist nie objektiv und herrschaftsfrei und das sollte auch problematisiert und herrschaftskritisch aufgearbeitet werden. Wenn Daten und Fakten von rechts in Zweifel gezogen werden, ist dies nicht herrschaftskritisch, sondern verfolgt rassistische Denkmuster und menschenverachtenden Logiken. Nun kommt man als politische Linke plötzlich in die absurde Lage, herrschaftsaffirmativ Statistiken zu verteidigen, die man eigentlich kritisieren sollte. Stattdessen wäre es gewinnbringender, bei emanzipatorischer Wissenschaftskritik anzusetzen. Wer versteht wie Daten entstehen, wie Fakten zu Wahrheiten werden, lässt sich nicht so leicht von Falschmeldungen ködern. Weiters ist es wichtig über die Rohdaten zu verfügen, um die Interpretationen und Analysen überprüfen zu können. Eine entsprechende politische Weisung wäre hier angebracht. Die Kriminalitätsstatistik veröffentlicht diese Daten nicht und bereitet so den Nährboden für Verschwörungstheorien. Rohdaten nützen allerdings nichts, wenn man mit der schieren Masse der Daten nichts anfangen kann. Deshalb müssen Wissenschaftskritik und kritische Statistiklehre in den Schulen verankert werden, und zwar nicht nur in den Gymnasien, sondern in allen Schultypen.

Anne-Marie Faisst studiert Internationale Entwicklung an der Universität Wien.

postmodern, beliebig, postfaktisch

Klimawandelleugner als Bildungssprecher und Chemtrail-Ängste als Wahlprogramm. Unser Parlament wie es ist und sein wird.

Vorneweg: Dieser Artikel befasst sich mit den empirischen Wissenschaften – mit denen, die Aussagen und Vorhersagen über das Sein unserer Welt im Gegensatz zum Sollen treffen. Mündige Entscheidungen ohne Zwang sind notwendige Bestandteile des freien Lebens und jeder Demokratie. Für deren Zustandekommen ist wahrheitsgetreue Information über die zugrundeliegenden Tatsachen unumgänglich, doch die gemeinsame Basis an Wissen wird von verschiedenen Seiten untergraben. Der erste Teil behandelt die Ablehnung einzelner Tatsachen, gefolgt von der Verneinung von Fakten im Allgemeinen. Nach einer Betrachtung von Weltanschauungen, die ihre eigenen Fakten postulieren endet er mit Kritik an plausibel scheinenden Mythen.

Es sind durchaus nicht ungebildete Personen, die einzelne Fakten leugnen und damit den scheinbaren Konflikt um die Wahrheit erzeugen. Abgesehen von bewusster Manipulation aus politischem Kalkül kann auch Voreingenommenheit dazu führen, dass nur Indizien gewürdigt werden, die die eigene Meinung unterstreichen. Befeuert wird die Kontroverse dann durch nicht existenten Wissenschaftsjournalismus und einer Presse, die über Sensationelles, Angst und Uneinigkeit zwischen Politiker_innen bevorzugt berichtet. Aus dieser scheinbaren Unentschiedenheit der Fakten ergibt sich die Möglichkeit, dass ein Klimawandelleugner Bildungssprecher der Liste Kurz wird und die Grünen Gentechnik und Bio-Landwirtschaft zum Thema ernennen. Besonders Letztere hat den öffentlichen Diskurs in ihrem Sinne gekapert und hat unerwartete Doppelmoral inne, so der Molekularbiologe Martin Moder:

„Ob eine Pflanze mit verändertem Erbgut als gentechnisch verändert gilt oder bio-tauglich ist, richtet sich weniger danach, ob das Erbgut modifiziert wurde, sondern mit welcher Technik. Beim "Tilling" zum Beispiel mutiert man Saatgut ungezielt mittels Radioaktivität und anderen Substanzen. Danach sucht man im Genom der Pflanzen nach einer

gewünschten Mutation und kreuzt sie mit einer genetisch unveränderten, um ungewünschte Zusatz-Mutationen los zu werden. Da die Mutation nicht gezielt eingebracht wurde, ist die Technik mit dem Bio-Landbau kompatibel.“

Im Juni letzten Jahres verurteilten über 100 Nobelpreisträger_innen Greenpeace wegen der kolonialistischen Haltung gegenüber der Gentechnik im Allgemeinen und dem goldenen Reis (mit Provitamin A angereicherte Sorte) im Speziellen in einem offenen Brief und sprachen dabei von einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Jährlich sterben ein bis zwei Millionen Menschen an vermeidbarem Vitamin-A-Mangel, der Krankheit, die der goldene Reis zurückdrängen soll. „In der Landwirtschaft nutzt Gentechnik vorrangig kleinen Landwirten in armen Regionen, die wir im wohlhabenden Europa nie zu Gesicht bekommen. Da fällt es uns leichter, auf ideologischer Basis zu argumentieren“, so Martin Moder weiter. „In der Medizin lassen sich die Vorteile der Gentechnik nicht leugnen, da wir von Menschen umgeben sind, die sehr direkt davon profitieren.“

Das Musterbeispiel dafür ist Insulin. Bevor genmanipulierte Bakterien zur Gewinnung von Humaninsulin verwendet wurden, musste ein ähnliches Hormon aus tierischen Bauchspeicheldrüsen gewonnen werden, um zuckerkranken Menschen therapieren zu können. Kaum medialer Beachtung erfreute sich hingegen das Bekanntwerden von weltweit freigesetzten, gentechnisch veränderten Petunien, die seit Jahren unerlaubt verkauft und gehalten werden. Mehrere deutsche Bundesländer haben die Vernichtung der Sorten durch Zerkleinerung, Verbrennen, Dämpfen, Autoklavieren, Einfrieren, Kochen oder Trocknen angeordnet, Gefahr besteht jedoch keine.

DIE WIRKLICHKEIT FASSEN. Wenn selbst in der wissenschaftlichen Gemeinschaft keine Einigung zu einem Thema besteht, kann man nicht von Fakten sprechen, oder? Ja eh. Oft klafft die Wahrnehmung

hier weit auseinander: 87 % der Wissenschaftler_innen sehen Menschen als wichtigste Ursache für den Klimawandel. 88 % sagen, gentechnisch verändertes Essen ist sicher. 98 % sind der Meinung, Menschen haben sich im Zuge der Evolution entwickelt. Befragt wurden Mitglieder der AAAS, der größten wissenschaftlichen Gemeinschaft. Streng genommen besteht bei keiner der drei Aussagen Konsens. Selbst in den engeren Feldern (Erdsenschaften und biomedizinische Wissenschaften) sind nicht alle derselben Meinung. Zu behaupten, es gebe keine gesicherten Erkenntnisse dazu, ist jedoch falsch. Diese Art der Realitätsferne tritt vor allem in Filterblasen zutage, wenn die gemeinsame Ideologie nicht mit den Fakten vereinbar ist.

Kritik an der empirischen Methode äußert sich meist als Behauptung, es gebe etwas, was mit ihr nicht zu erfassen wäre, oder als versteckte Anschuldigung, dass sie keine Fakten, sondern Meinungen vertrete. Steht etwas mit der Realität in Wechselwirkung, sind Aussagen darüber widerlegbar. Ist das nicht der Fall, existiert es einfach nicht. „Mein unsichtbares Einhorn ist lila“ stellt beispielsweise keine Aussage über die Wirklichkeit dar, weil sie nicht widerlegbar ist.

Ist jedoch die Farbe der Wand hinter dem Einhorn nur eine Meinung, oder wird deren Existenz als subjektiv betrachtet, kann man nicht von einer Wirklichkeit ausgehen, in der wir alle leben. Jede Aussage über unsere Welt ist aber notwendigerweise überprüfbar und somit widerlegbar. Die Möglichkeit jeder Theorie, widerlegt zu werden, ist aber auch kein Schwachpunkt: Die klassische Mechanik ist zwar widerlegt, erklärt jedoch die Vorgänge auf der und um die Erde wunderbar. In dem Bereich, in dem sich die Theorie bewährt hat, gilt sie noch weiter.

Eine andere Schlagseite haben Verschwörungstheorien, Esoterik und Religion. Dort werden Begriffe nicht erklärt, dafür umso mehr Hinweise auf das



Illustration: Tobias Stadler

"alte Wissen" oder die geheime Elite, die das Geschehen diktiert, angebracht. Während ein Verkaufstand mit Glücksbringern und Heiligenbildern nicht allzu störend und das lieblos zusammengestellte Horoskop für jeden Menschen in jeder Tageszeitung im besten Fall Platzverschwendung ist, bezahlt die FPÖ eine Magierin und stellt eine Anfrage über Chemtrails.

Zugegeben, von hardcore-Verschwörungstheoretiker_innen, sektenhaften Esoteriker_innen und religiösen Fundamentalist_innen ist die FPÖ weit entfernt. Für sie drehen sich die Fragen nicht um Wettermanipulation durch zivile und militärische Flugzeuge, sondern um in der hohlen Erde wartende Ufos, mit denen Hitler das goldene Zeitalter des Nationalsozialismus bringen wird und ähnlich absurde Behauptungen.

GEMEINSAMKEITEN. Trotz fehlender Plausibilität sämtlicher Teilaussagen - weder Aussage, noch Motiv oder Möglichkeit sind plausibel - gibt es Leute, die daran glauben und jede Kritik ablehnen. Wie bei Fundamentalist_innen steht am Anfang die Wahrheit, die Fakten werden dann dazu passend dargestellt oder ausgeblendet.

Dazu kommt eine krasse schwarz-weiß-Zeichnung: Kritik und Zweifel kommt nur von außen, vom Feind. Nur die eigene Gruppe kennt die Wahrheit, alle anderen sind im besten Fall noch nicht so weit oder Teil der Unterdrückung. Erklärungen sind kurz und einfach, Geist und Körper haben nichts miteinander zu tun, alles hat einen tieferen Sinn bzw. ist vorherbestimmt und es gibt Kräfte "außerhalb unseres Universums", die man erfühlen kann, die Wissenschaft aber nicht beschreiben kann. Meist spielen Angst oder Hoffnung eine tragende Rolle. „Angst setzt das vernünftige Denken außer Kraft, und findige Geschäftsleute machen mit dieser Angst gute Geschäfte“ – so Ernst Bonek,

emeritierter Professor für Elektrotechnik an der TU Wien.

Ablässbriefe, Homöopathie, harmonisiertes Wasser, besondere Steine bzw. Talismane gegen Unheil, Entschlackung und Astrologie fügen sich nahtlos in das beschriebene Bild: Wer ihnen die Wirkung abspricht, wird von Big Pharma bezahlt. Ihre Kraft kommt von einer seelischen oder feinstofflichen Ebene, die zwar nicht erklärt werden kann, aber immerhin wissen die Verkäufer_innen alles Notwendige darüber.

Alternativmedizin, Schutz vor "Elektrosmog" und Bio-Landwirtschaft passen nicht perfekt in das gezeichnete Bild, für Fachfremde können sie plausibel erscheinen. Es gibt weder Wirkmechanismen noch Daten, dass Bio-Lebensmittel gesünder sind oder besser schmecken. Die EHEC-Epidemie 2011 mit über fünfzig Toten wurde von mehreren Institutionen auf Samen bzw. Sprossen von Bockshornklee aus biologischer Landwirtschaft zurückgeführt. Dies widerlegte den früheren Verdacht, die Keime kämen von spanischen Gurken. Die Berichtigung nach der Panik war medial schlicht nicht präsent genug, um tatsächlich die Falschaussagen richtigzustellen. Alternativmedizin ist nicht Naturheilkunde

Naturheilkundliche Methoden, die nachweislich helfen, haben längst Eingang in die Medizin gefunden, wie Weiden, Fingerhut und Chinarinde. Alternativmedizinische Anwendungen liefern hingegen in den meisten Fällen keine besseren Ergebnisse als Placebos oder fordern sogar Tote durch Verzögerung von wirksamen Behandlungen oder giftigen Wundermitteln.

Bei elektromagnetischer Strahlung existiert ein Wirkungsmechanismus, der gesundheitsschädlich sein kann. Unabhängig von der Wellenlänge erwärmt sich Material, das die Strahlung absorbiert, beispielsweise in der Mikrowelle und durch

Sonneneinstrahlung. Ein zweiter Effekt, der nur für ionisierende (UV-, Röntgen- und Gamma-) Strahlung auftritt, ist Schädigung der DNA und ein damit einhergehendes Krebsrisiko. Felder niedrigerer Frequenz können das Nervensystem beeinflussen. Der Schutz vor letzterem ist durch die Höhe von Freileitungen und Schirmung gegeben, für Kommunikationselektronik ist nur ersteres relevant.

Die Vorsorgewerte der internationalen Kommission für Schutz vor nicht ionisierender Strahlung (ICNIRP) sorgen dafür, dass kein Körperteil um 0.1 °C erwärmt werden kann. In Abwesenheit eines plausiblen Wirkmechanismus und ohne Indizien auf eine Schädigung kann getrost davon ausgegangen werden, dass kein Risiko besteht. Auch können angeblich elektrosensible Menschen nicht unterscheiden, ob Einstrahlung stattfindet oder nicht. Ihre Symptome jedoch sind real, so Ernst Bonek. Ausgelöst werden sie durch den Nocebo-Effekt, eine Reaktion auf die Erwartung von negativen Auswirkungen bzw. Angst. Will man die Strahlung eines Mobiltelefons dämpfen, so tut man damit nichts Gutes - um trotzdem kommunizieren zu können, erhöht das Gerät seine Sendeleistung und strahlt somit mehr.

FAZIT: Auch die Regeln, die in den Naturwissenschaften aufgestellt werden, sind nicht unfehlbar und vollkommen unanfechtbar. Wichtig beim Konsum von wissenschaftlichen Studien ist steht's die Überprüfung der zugrundeliegenden Daten, Hypothesen, der angewandten Methodik und der Nachvollziehbarkeit. Nur so können vermeintliche Fakten von stichhaltigen, wissenschaftlichen Belegen unterschieden werden.

Johannes Steinbach studiert Telecommunications an der TU Wien.



ROTES GOLD

In Foggia, dem Zentrum der italienischen Tomatenproduktion, schufteten Migrant_innen für Niedriglöhne. Sie wohnen in Ghettos und befüllen Kisten – ein System, das eigentlich illegal ist. Davon profitieren nicht nur kriminelle Netzwerke, sondern auch europäische Konsument_innen.

„Padrone“ nennt Soleyman, 22, seinen Boss, dessen Namen er nicht kennt. Es ist ein italienischer Bauer, der ihn frühmorgens um vier Uhr aus dem Schlaf reißt, manchmal sogar noch früher. Anrufe dieser Art bedeuten: Es gibt Arbeit! Im Innenhof einer aufgelassenen Milchfabrik erwachen die Männer auf ihren Matratzen. In der Dämmerung schwärmen sie auf Fahrrädern und Mopeds in alle Richtungen aus. Man sieht sie Wasserflaschen auf den Gepäckträger schnallen und sich Handschuhe über die rauen Hände stülpen. Menschen wie Soleyman haben unter großer Gefahr die Flucht nach Europa überlebt. Und jetzt erledigen sie einen Job, den in Italien niemand machen möchte: Tomaten ernten.

Die italienische Landwirtschaft ist stark auf ausländische Erntearbeiter_innen angewiesen. Um Lohndumping und dem Druck der Handelsketten Stand zu halten, greifen Landwirt_innen auf billige Saisonarbeiter_innen zurück. Es sind vor allem Menschen, die aufgrund rassistischer Zugangsregelungen zum Arbeitsmarkt in rechtliche Grauzonen und den Billiglöhnssektor gedrängt werden. Neben Geflüchteten, die über die Mittelmeerroute nach Europa gekommen sind, betrifft das etwa auch Bulgar_innen, Rumän_innen, Roma und Sinti. Die italienische Bäuer_innenvereinigung Coldiretti schätzt, dass allein in Süditalien 120.000 Migrant_innen und Geflüchtete arbeiten. Die Gewerkschaft FLAI-CGIL geht von einer Dunkelziffer aus, die um ein Vielfaches höher ist. Denn alleine in Foggia, wo diese Geschichte spielt, sollen es laut FLAI 50.000 Menschen sein.

ILLEGALE AUSBEUTUNG IN DER HITZE. Rund zwei Millionen Tonnen Tomaten werden in Foggia jedes Jahr geerntet, der Großteil landet auf europäischen Märkten. Die wichtigsten Abnehmer sind Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Bei

den Endprodukten handelt es sich um weiterverarbeitete Tomaten, beispielweise Konserventomaten, Tomatenmark, Ketchup oder Thunfischsaucen. Landesweit bringt das Einnahmen in Milliardenhöhe ein. Doch nicht alle verdienen mit am „roten Gold“. Nur 3,50 Euro bekommt ein_e Erntehelfer_in in Foggia für das Befüllen einer Kiste, die 300 Kilogramm fasst. Das italienische Mindestgehalt für diese Form der Arbeit liegt bei 7,50 Euro pro Stunde. Das Kisten-System ist zwar illegal, aber rentabel. Die Erntehelfer_innen arbeiten schnell, legen kaum Pausen ein und trinken unregelmäßig Wasser. Im August stiegen die Temperaturen in Foggia zum Teil auf 45 Grad. Wer hier die Mittagshitze gespürt hat, der weiß, wie gefährlich es sein kann, über Stunden auf freiem Feld zu stehen. Die Tomaten werden nicht einzeln gepflückt, sondern als Stauden aus der Erde gerissen. Dann schütteln sie die Arbeiter_innen in kleine Körbe aus, die in regelmäßigen Abständen in die 300 Kilogramm-Kisten entleert werden. Die Kisten sind so groß, dass sie von Gabelstaplern auf die Laster geladen werden müssen, die auf Feldwegen direkt zum Acker fahren. Ist ein Laster vollgeladen, werden die Arbeiter_innen zu einem neuen Feld gebracht.

Auf den dreckigen Matratzen in den Ghettos rund um Foggia ruhen sich junge Männer aus Nigeria, Gambia, Senegal oder Ghana aus. Sie erzählen, dass sie unter diesen Bedingungen zehn Plastikkisten am Tag gefüllt haben. Das sind 3000 Kilogramm Tomaten. Am Ende des Tages bekommen die wenigsten ihr Geld bar auf die Hand. Die Arbeiter_innen beklagen, dass ihre „Padroni“ sie über Wochen nicht bezahlt haben. Wer keine Papiere oder einen unklaren Aufenthaltsstatus hat, macht sich erpressbar. Dazu kommt die strenge Hierarchie im Ghetto, der sich die Arbeiter_innen fügen müssen. Die Anthropologin Elettra Griesi von der Universität Innsbruck, die

über Erntehelfer_innen in Apulien forscht, spricht von einer „Ausbeutungspyramide“.

Ganz oben stehen die Supermarktketten und Großhändler_innen, dann kommen die Landwirt_innen, ganz unten sind die Erntehelfer_innen. Dazwischen stehen die so genannten „Caporali“, Mittelsmänner aus den Communities, die den italienischen Bäuer_innen billige Arbeitskräfte beschaffen. Sie alle sind voneinander abhängig und möchten sich Eigengewinne sichern. Griesi betont: „Es sind die ausländischen Erntearbeiter, die bei diesem wirtschaftlichen Prozess alles zu verlieren haben. Sie sind von der Ausbeutung und Exklusion am stärksten betroffen.“ Früher standen die Caporali selbst auf den Feldern, jetzt haben sich viele hochgearbeitet und verdienen am System mit: 50 Cent für jede geerntete Kiste und fünf Euro pro Arbeiter_in für die Fahrt auf die Felder. Die „Capos“ koordinieren nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern auch das Leben im Lager. Bei ihnen laufen die Fäden zusammen, für Arbeit, Brot und Vergnügen. „Ohne Capos, keine Arbeit“, sagt Raffaele Falcone, Jurist und Mitarbeiter bei der Gewerkschaft FLAI-CGIL.

Falcone, 28, lenkt seinen Wagen über eine unbefestigte Straße. Das Zentrum Foggias, wo sein Büro liegt, hat er längst hinter sich gelassen. Zehn Kilometer außerhalb, mitten in der Peripherie, beginnt die Produktionskette der italienischen Tomaten. Hier draußen begegnet man nur zwei Sorten von Autos. Einerseits riesigen Trucks, die bis zu vier Reihen Plastikkisten voller Gemüse geladen haben. Andererseits klapprigen, weißen Minivans, in die sich oft zehn oder mehr Arbeiter_innen gezwängt haben. Autos fahren im Ghetto nur die Caporali. Am Horizont, wo die Hitze am Asphalt flimmert, erscheint etwas, das auf den ersten Blick wie das Gelände eines Festivals aussieht.



Bald sind Laternen, dann kleine quadratische Container, dann schiefe Holzhütten erkennbar. Früher war hier ein Militärflughafen. Jetzt leben hier die Erntearbeiter_innen, weit weg von der Stadt, wo sie niemand sieht. Mit 2000 Bewohner_innen, darunter 150 Frauen, ist Borgo Mezzanone das größte von rund acht Ghettos rund um Foggia. Die Arbeiter_innen leben in alten Wohnwägen und Holzverschlägen, die sie sich aus Karton, Pressspanplatten und Plastikplanen zimmern. Wer schon länger hier ist, hat Platz in einem der Ein-Raum-Container gefunden, die aus der Zeit des Militärflughafens stammen und in denen bis zu zehn Männer schlafen. Als „hochmilitarisiert“ beschreibt der Gewerkschafter Falcone die Hierarchie im Ghetto.

Aus diesem System auszusteigen ist quasi unmöglich. Soleymann, der junge Senegalese aus der heruntergekommenen Milchfabrik, hat den ersten Schritt geschafft. Er untersteht keinem Caporali, sondern arbeitet direkt mit einem italienischen Bauern zusammen. Damit spart er sich jeden Tag etwa zehn Euro. In ein Fahrrad oder Moped zu investieren bedeutet in Foggia, ein kleines Stück Freiheit zu erlangen.

DER KAMPF FÜR MENSCHENWÜRDE. Falcone sitzt auf einer Couch in der Fabrik, nippt an einem Schwarztee mit Zucker und studiert die Listen, in denen die Arbeiter_innen ihr Tagespensum eintragen. Manche Erntehelfer_innen arbeiten sieben Tage in der Woche und schaffen 17 Kisten am Tag. Viele der Menschen in der Milchfabrik sprechen Deutsch und sagen „weiste“, weil sie zwei Jahre in München oder Frankfurt gelebt haben. Sie haben die Flucht über das Mittelmeer überlebt, sind in Aufnahmezentren auf Lampedusa und Sizilien festgesessen, haben es nach Deutschland geschafft und werden jetzt, zurück in Italien, als menschliche Erntemaschinen benutzt.

Wenn die Tomatenernte vorbei ist, ziehen sie weiter in den Süden nach Kalabrien, an die Spitze des italienischen Stiefels, um unter denselben Bedingungen Orangen zu ernten. Dort kam es nach einer Reihe von Vorfällen zu schweren Protesten der dort arbeitenden Migrant_innen. Ein bewaffneter Italiener war 2008 in eine Fabrik eingedrungen, in der Erntehelfer_innen lebten, und erschoss zwei von ihnen. Zwei Jahre später ereignete sich ein ähnlicher Vorfall auf einer Farm. Daraufhin brachen Unruhen aus. 2000 Erntehelfer_innen, die meisten davon aus Ghana und Burkina Faso, demonstrierten vor dem Rathaus. Sie riefen: „Wir sind keine Tiere!“ Heute wird das Thema der Ausbeutung öffentlich debattiert, geändert hat sich aber wenig. Italien hat zwar 2016 ein Gesetz verabschiedet, mit dem Caporali und Landwirt_innen mit bis zu acht Jahren bestraft werden können. Doch es gäbe zu wenig Kontrollen und Inspektionen auf den Feldern, so Claudio de Martino, der in Foggia unentgeltlich als Straßenanwalt arbeitet.

„Landwirte haben begonnen, ihre Arbeiter mit Scheinverträgen anzustellen, um gewappnet zu sein, wenn eine Razzia durchgeführt wird“, so de Martino. In den Verträgen steht, dass die Arbeiter nur für ein paar Tage aushelfen. In Wirklichkeit arbeiten sie die ganze Saison lang, mehr oder weniger schwarz, auf einem so genannten „grauen Markt“. Nur zehn Cent bekommt ein_e Bäuer_in in Foggia für ein Kilogramm geernteter Tomaten. Im Supermarkt zahlen die Verbraucher_innen aber ein Vielfaches dafür.

RAUS AUS DER ABHÄNGIGKEIT. Wie also könnte der erste Schritt in Richtung einer menschenwürdigen Ernte aussehen? Herve, 55, versucht das System im Kleinen auszuhöhlen. Seit zehn Jahren lebt der gebürtige Senegalese in

Italien. Den Spitznamen, den ihm sein Großvater nach der Geburt gegeben hat, trägt er bis heute. Sein richtiger Name, der auch auf seiner Visitenkarte steht, ist Faye Papa Latyr. Früher hat Herve als Strandverkäufer entlang der Adria gearbeitet, später stand er selbst auf den Tomatenfeldern. Von Anfang an versuchte er mit den Caporali zu verhandeln. Doch mehr als fünf Euro pro Kiste war nicht drin. Heute steht Herve auf dem Flachdach eines weißen Blockhauses und blickt auf 20 Hektar Land, die ihm gehören. Hier kommen Arbeiter_innen unter, die nicht mehr im Ghetto leben wollen. Bereits 220 Menschen, darunter vier Familien, leben an diesem Ort den Herve „Casa Sankara“ getauft hat, nach Thomas Sankara, Freiheitskämpfer und ehemaliger sozialistischer Präsident von Burkina Faso.

Herve nennt das, was hier im Kleinen seinen Anlauf nimmt, eine Revolution, wenn auch eine stille. Sein Konzept: Zuerst müssen die Arbeiter_innen von Foggia in einer menschenwürdigen und sicheren Umgebung leben. Nur so können sie sich langsam vom System der Caporali lösen. Im Kleinen baut Herve Hierarchien ab, reduziert die Gewalt und verhindert, dass einige wenige Starke die Mehrheit kontrollieren. Was aber selbst die „Casa Sankara“ nicht verhindern kann ist, dass auch hier frühmorgens die weißen Minivans der Caporali haltmachen. Mehr als 3,50 Euro pro Kiste lässt sich nicht verdienen. Alles, was Herve den Erntehelfer_innen bieten kann, ist eine Dusche, Essen und ein Bett, um sich für den nächsten Arbeitseinsatz auszuruhen. Und das können sie gut gebrauchen. Denn dieser Sommer ist der heißeste, den Italien seit 200 Jahren erlebt hat.

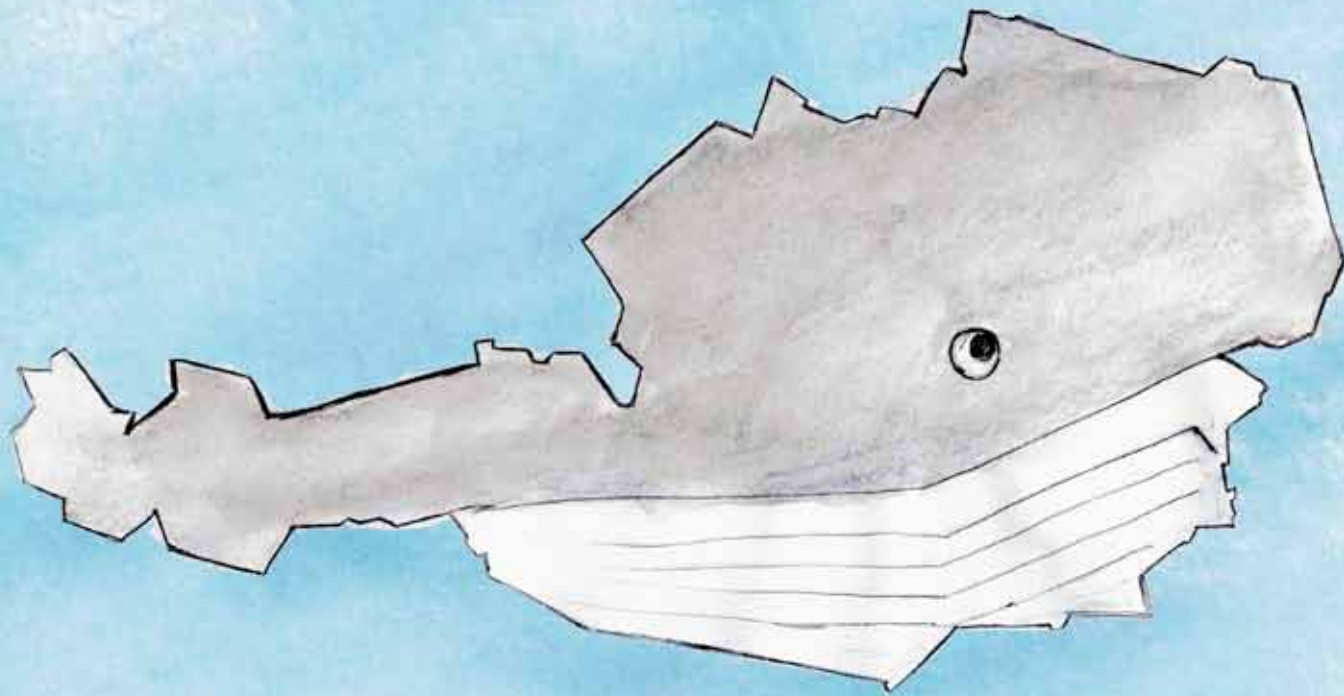
Franziska Tschinderle arbeitet als freie Journalistin.

dossier

NEUES SEMESTER,

NEUE REGIERUNG,

NEUES GLÜCK?



Hochschulpolitische Fragen

Bildung und Wissenschaft sind nicht gerade trendy im aktuellen Wahlkampfherbst. Wir haben die alle bundesweit kandidierenden Parteien befragt, wie sie zu hochschulpolitischen Fragen stehen. Have a look.



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI ÖSTERREICHS (SPÖ)

1. Wirtschafts- und Wissenschaftsministerien sind ja derzeit zusammengelegt. Ist Ihre Partei für ein eigenständiges Wissenschaftsministerium, und warum (nicht)?
2. Welche Hochschule, beziehungsweise das Hochschulsystem welches Landes hält Ihre Partei für vorbildhaft?
3. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die soziale Durchmischung des Hochschulsystems auszubauen und sozialer Selektion entgegenzuwirken?
4. Der Hochschulzugang für Drittstaatsstudierende hat sich in den letzten Jahren drastisch erschwert (Stichwort Anerkennung Deutschzertifikate an der Uni Wien, doppelte Studiengebühren). Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?
5. Wie stellen Sie sich die zukünftige Entwicklung des Fachhochschulsektors vor?

1. Die Zusammenführung der Wirtschaftsagenden und der Wissenschaftskompetenz in einem Ministerium ist sicher problematisch, da kaum ein inhaltlicher Konnex gegeben ist. Aus sozialdemokratischer Sicht, ist ein Ressort, in dem die Ausbildungskompetenzen gebündelt sind, weitaus zweckmäßiger.

2. Grundsätzlich fällt es schwer, auf ein Hochschulsystem eines Landes zu verweisen, da die Organisation des Hochschulwesens natürlich immer an den jeweiligen Bedarf anzupassen ist. In Österreich herrscht ein starker Bedarf an Arbeitskräften und damit auch gute berufliche Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich Technik und Informatik. Daher ist es angebracht, Studienplätze im MINT-Bereich zu schaffen und das Interesse daran zu steigern.

3. Die SPÖ steht für einen offenen Zugang zur Hochschule. Die bereits jetzt an den Fachhochschulen bestehende Möglichkeit ohne Matura zu studieren, soll weiter ausgebaut werden. Etwa über die Einrichtung eines Fördertopfes für nicht-traditionelle Studierende, der finanzielle Anreize schafft, um Personen mit einschlägigem Lehrabschluss als Studierende aufzunehmen. Natürlich ist auch die durchgesetzte Erhöhung der Studienförderung ein wichtiger Schritt, der sozialen Selektion entgegenzuwirken.

4. Der Hochschulzugang für Drittstaat-Studierende ist der sozialdemokratischen Fraktion ein zentrales Anliegen, da Drittstaat-Studierende auch zur Internationalisierung der österreichischen Wissenschafts- und Forschungslandschaft beitragen. Die SPÖ-Fraktion setzt sich für die Erhöhung der spezifischen Unterstützungen ein und versucht, bürokratische Zugangsbarrieren zu verringern.

5. Auf Betreiben der SPÖ war es möglich, neue Finanzierungen speziell im Bereich der MINT-Fächer für die FHs zur Verfügung zu stellen. Über den Fördertopf für nicht-traditionelle Studierende sowie zusätzlichen Unterstützungsmaßnahmen sowie Vorbereitungskursen für die Aufnahmeprüfung von StudienwerberInnen mit Lehrabschluss soll es gelingen, auch nicht-traditionelle Studierende in größerem Ausmaß als bisher an die Fachhochschulen zu bringen.



LISTE KURZ (ÖVP)

1. In den vergangenen Jahren haben sich durch die Zusammenlegung der beiden Ministerien spannende und gegenseitig befördernde Schnittstellen ergeben, insbesondere in der Weiterentwicklung der Forschung. Grundsätzlich hat sich die aktuelle Struktur entgegen anfänglicher Kritik bewährt und nicht zum Nachteil der Wissenschaft ausgewirkt.

2. Im Times-Ranking der Universitäten international liegt die Uni Wien nur mehr auf Platz 165 – alle anderen österreichischen Universitäten sind weiter abgeschlagen. Wir müssen einen grundlegend anderen Weg einschlagen: einen Weg hin zu mehr Verbindlichkeit der Studierenden und besserer Planbarkeit der Ressourcen. Wir müssen im Bereich der Autonomie der Universitäten durch flächendeckende Zugangsregelungen den nächsten Schritt machen und die Auswahl der Studierenden in ihre Verantwortung legen.

3. Jeder Jugendliche soll an einer Hochschule studieren können. Aber es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, dass wir jedem durch geregelte Zugangsverfahren an Universitäten einen qualitätsvollen Studienplatz garantieren können. Zudem mehr Verbindlichkeit schaffen durch moderate Studienbeiträge, bei der gleichzeitigen Verbesserung des aktuellen Stipendienwesens.

4. Die Behauptung, dass der Zugang für Drittstaatenstudierende in den letzten Jahren drastisch erschwert wurde, lässt sich empirisch nicht belegen. Der Anteil der Studierenden aus Drittstaaten ist in den letzten 15 Jahren kontinuierlich gestiegen und hat sich mittlerweile verdoppelt, in absoluten Zahlen sogar beinahe verdreifacht.

5. Damit wir in Österreich in Zukunft genügend Fachkräfte haben, müssen wir sicherstellen, dass der Ausbau von qualitativ hochwertigen Studienplätzen, speziell an Fachhochschulen, im Bereich der mathematischen, ingenieurwissenschaftlichen, naturwissenschaftlichen und technischen (MINT) Fachrichtungen zügig vorangeht. Darüber hinaus wollen wir den Fachhochschulbereich generell deutlich ausbauen und auch die Zahl der Studierenden in diesem Sektor steigern.



FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)

1. Die Wissenschaft sollte auf jeden Fall vom Wirtschaftsministerium wieder abgekoppelt werden. Entweder als Wissenschaftsministerium oder eingebettet in ein umfassendes Bildungsministerium. Die zweite Variante hätte u.a. den Vorteil, dass die Pädagogischen Hochschulen und Universitäten in einer Verwaltung wären.

2. Jenes der Schweiz, wegen der ausreichenden Finanzierung, der vorbildlich gelösten Zugangsproblematik und dem Exzellenzanspruch.

3. Grundsätzlich sind wir der Ansicht, dass es für jeden Österreicher möglich sein muss, jenen Bildungsweg einzuschlagen, den er anstrebt und für den er geeignet ist. Das ist im Wesentlichen auch möglich. Eine Maßnahme, die in den letzten Jahren hier tatsächlich zu Ungerechtigkeiten geführt hat, nämlich die willkürliche Einführung von Zugangsbeschränkungen, gehört revidiert.

4. Wir sehen keine Verschlechterung für den Hochschulzugang von Drittstaatsstudierenden. Im Gegenteil: Alle Statistiken zeigen, dass Maßnahmen wie die Zugangsbeschränkungen vor allem österreichische Studierwillige trifft. Bezüglich der Studienbeiträge und Deutschzertifikate sei angemerkt, dass hier die Uni Wien in den letzten Jahren genau das Gegenteil gemacht hat, nämlich die gesetzlichen Bestimmungen mit Ausnahmeregelungen zu unterlaufen. Die FPÖ tritt überhaupt dafür ein, dass ausländische Studierende eine kostendeckende Studiengebühr zu bezahlen haben und nicht der österreichische Steuerzahler diese Ausbildungskosten zu tragen hat.

5. Diese von der letzten schwarz/blauen Bundesregierung in die Gänge gebrachte tertiäre Ausbildungsmöglichkeit gehört weiter forciert. Die Fachhochschule ist zur Erfolgsgeschichte geworden. Sie ist eine hervorragende Ergänzung zum Universitätssystem und soll vorrangig der tertiären Berufsausbildung dienen. Es soll analog zum Privatuniversitätsgesetz auch ein Privatfachhochschulgesetz implementiert werden.



1. Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium sind ja derzeit zusammengelegt. Ist Ihre Partei für ein eigenständiges Wissenschaftsministerium, und warum (nicht)?
2. Welche Hochschule, beziehungsweise das Hochschulsystem welches Landes hält Ihre Partei für vorbildhaft?
3. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die soziale Durchmischung des Hochschulsystems auszubauen und sozialer Selektion entgegenzuwirken?
4. Der Hochschulzugang für Drittstaatsstudierende hat sich in den letzten Jahren drastisch erschwert (Stichwort Anerkennung Deutschertifikate an der Uni Wien, doppelte Studiengebühren). Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?
5. Wie stellen Sie sich die zukünftige Entwicklung des Fachhochschulsektors vor?

DIE GRÜNE ALTERNATIVE (DIE GRÜNEN)

1. Die Abschaffung des eigenständigen Wissenschaftsministeriums ist Ausdruck der Geringschätzung der Studierenden und Wissenschaftler_innen und andererseits die logische Konsequenz einer Wissenschaftspolitik die sich zunehmend an Wirtschaftsinteressen orientiert. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass in Fragen die beide Bereiche des Ministeriums betreffen, wie zB. die Regelung zum Zweitveröffentlichungsrecht für Publikationen, zugunsten der Wirtschaft statt der Wissenschaft entschieden wird. Selbstverständlich fordern wir Grüne daher wieder ein eigenständiges Wissenschaftsministerium.
2. Das perfekte Hochschule gibt es nicht. Dennoch lässt sich vieles von anderen Ländern lernen. Bei Stipendien und der Bereitstellung von leistbarem Wohnraum betrifft sind die nordischen Länder vorbildlich. Ebenso wünschenswert wäre Faculty-Modell, also die Abschaffung der Kurien-Grenzen in den USA zu nennen. Was die Finanzierung betrifft, sollten wir uns ein Beispiel an der Schweiz nehmen: Auch wenn es Sigi Maurer gelungen ist durch einen Antrag im Parlament 1,35 Mill. € sicherzustellen, sind wir von den angestrebten 2 % des BIP noch weit entfernt.
3. Die sozial selektiven Zugangsbeschränkungen gehören wieder abgeschafft, stattdessen soll eine echte Studieneingangs- und Orientierungsphase eingeführt werden. Studierende könnten sich dann mehrere Fächer ansehen und sich nach einem Jahr - bei Anrechnung der Lehrveranstaltungen - für ihr Studium entscheiden. Im Idealfall wäre dies auch hochschul-übergreifend, also sowohl für FHs und Unis zu ermöglichen. Zudem braucht es einen Umbau des Stipendien-Systems. Mittelfristig ist für eine bessere soziale Durchmischung aber notwendig, dass die Selektion in der Schule beendet wird.
4. Die Schikanen gegen Drittstaatsangehörige gehören beseitigt: gerade diese Gruppe ist häufig von finanziellen Problemen betroffen. Die doppelten Studiengebühren sind ein kleiner Beitrag für die Hochschulfinanzierung, sie verursachen aber für die Betroffenen immense Probleme. Leider ist die Benachteiligung dieser Gruppe auch auf Fremdenfeindlichkeit zurückzuführen.
5. Viele der Versprechen bei Einrichtung der FHs haben sich nicht erfüllt, wie zB. dass sie von der Wirtschaft finanziert werden würden. Daraus muss man Konsequenzen ziehen. Die FHs sind öffentlich finanziert, also sollen sie sich an gesetzliche Regelungen halten die für alle gleich gelten. Damit meinen die Grünen vor allem das Studienrecht, aber auch die Verbesserung der Qualität indem mehr Stappersonal aufgenommen wird.

NEOS - DAS NEUE ÖSTERREICH GEMEINSAM MIT IRMGARD GRISS, BÜRGERINNEN UND BÜRGER FÜR FREIHEIT UND VERANTWORTUNG (NEOS)

1. Wir würden hier einen Schritt weiter gehen und die Agenden von Wissenschaft und Forschung in einem Innovationsministerium bündeln. Das wäre nicht nur ein klares Signal, dass diese Bereiche essentiell für die zukünftige Entwicklung Österreichs sind, sondern würde auch eine effizientere Umsetzung ermöglichen.
2. Betrachtet man die Finanzierung und die konsequente internationale Ausrichtung ist sicherlich die Schweiz mit den ETHs Zürich und Lausanne ein Vorbild. Sehr gute Reformen im Hochschulsystem hat auch Dänemark durchgeführt und damit seine Hochschulen deutlich besser aufgestellt.
3. Leider ist trotz Jahrzehnten des freien Hochschulzugangs die soziale Selektivität in Österreich hoch. Ein deutlicher Ausbau des Stipendiensystems ist notwendig, um finanziell schlechter gestellten Studierenden das Studium zu ermöglichen. Niemand sollte aufgrund der Herkunft auf ein Studium verzichten müssen.
4. Man muss das differenziert betrachten. Für die aufgelisteten Entwicklungsländer gilt nach wie vor der freie Zugang. Man muss hier aber wachsam sein, dass keine diskriminierenden Hürden aufgebaut werden.
5. Wir sehen noch viel Potential im Ausbau des Fachhochschulsektors. Die Beispiele Schweiz und Deutschland zeigen, dass hier noch viel Luft nach oben ist. Im Zusammenspiel mit den Unis plädieren wir für mehr Kooperation und Durchlässigkeit - beide Sektoren decken Unterschiedliches ab, haben aber klare Überschneidungsbereiche und können voneinander profitieren.

KOMMUNISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS UND PLATTFORM PLUS - OFFENE LISTE (KPÖ)

1. Im neoliberalen Kapitalismus werden alle gesellschaftlichen Bereiche - besonders die Wissenschaften - den Profitinteressen und dem Konkurrenzprinzip untergeordnet. KPÖ PLUS fordert die Schaffung eines gemeinsamen Bildungs- und Wissenschaftsministeriums, dadurch könnte zumindest ansatzweise emanzipatorische Ansätze gestärkt werden, während der Ökonomisierung der Bildung entgegengewirkt wird.
2. Bedingt durch die herrschenden Verhältnisse gibt es kein real existierendes vorbildhaftes Bildungssystem. Ein solches würde sich für uns dadurch auszeichnen, dass es ohne jegliche soziale Hürden auskommt und emanzipatorische Inhalte vermittelt. Zudem ist ein höherer Frauenanteil bei den ProfessorInnen notwendig. Wir begrüßen auch jene Initiativen von Hochschulen und Studientretungen, die darauf abzielen, der Verschulung und dem zwanghaftem Leistungsdruck entgegenwirken.
3. Ein Ende der sozialen Selektion im Bildungsbereich würde die Aufhebung des Kapitalismus bzw. seiner Verwertungslogiken erfordern. Im aktuellen gesellschaftlichen und ökonomischen System ist höchstens eine Milderung dieses systematischen Ausschlusses möglich. Menschen sollten mit keinen zusätzlichen Hürden konfrontiert werden, ein Studium aufzunehmen. Wir sprechen uns gegen weitere Zugangsbeschränkungen aus, fordern ein besseres Stipendiensystem und die Abschaffung jeglicher Studiengebühren.
4. Neben der sozialen Selektivität des österreichischen Bildungssystems bestehen zahlreiche Schikanen, die eine Form staatlichen Rassismus darstellen. Drittstaatsangehörige sind - auch - im Bereich der Hochschulen mit einer Vielzahl an Hürden und bürokratischen Auflagen konfrontiert, welche den Zugang zum tertiären Bildungsbereich erschweren oder gar komplett verhindert. KPÖ Plus steht im Gegensatz dazu für ein Bildungswesen ohne soziale Schranken und tritt gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung auf.
5. Die neoliberale Universität, welche sich in den letzten Jahren konsolidiert hat, ist nicht aus dem Nirgendwo gekommen, sondern vielmehr eine Anpassung an veränderte Produktionsweisen und den Arbeitsmarkt. Die rechtliche Ungleichbehandlung der FHs ist ein Ausdruck davon. Fachhochschulangelegenheiten dürfen nicht länger im Privatrecht bleiben. Studierenden an Fachhochschule müssen die gleichen Rechte gewährt werden.



WERTHNER HANNES FÜR LISTE PETER PILZ (PILZ)

1. Ja, weil die Wissenschaft so wichtig ist, dass sie ein eigenes Ministerium braucht.
2. Vorbildhaft sind z.B. die ETH Zürich und die TU München. Diese haben ein um 3 Mal besseres Verhältnis zwischen ProfessorInnen und Studierenden sowie im Fall der ETH Zürich ein 5 Mal höheres Budget pro Studierender/m. Des Weiteren setzen beide ein Tenure Track Model um, dass auch wir in Österreich implementieren sollten.
3. Die soziale Selektion beginnt schon vorher bei der Wahl der Schule, daher bin ich ein Befürworter der Gesamtschule. Des Weiteren müssen wir die Schnittstelle zu den Mittelschulen bzw. Berufsbildenden Schulen verbessern sowie ein adäquates Stipendensystem einrichten. Hier wäre ein System wie in Schweden zu untersuchen bzw. evaluieren.
4. Schlecht, wir brauchen mehr internationale Studierende.
5. Ich war in meiner Funktion als Dekan Koordinator des Arbeitskreises Ost des Aktionsfeldes Informatik im Projekt Zukunft Hochschule. Dort haben wir Maßnahmen zur Kooperation zwischen beiden Hochschultypen entwickelt, wobei die Differenzierung der FHs als berufsorientiert und der Unis als grundlagenorientiert beibehalten werden sollte. Generell haben beiden im Gesamtsystem ihre Funktion, wobei das System ausgebaut werden sollte,



FREIE LISTE ÖSTERREICH & FPS LISTE DR. KARL SCHNELL

1. Die FLÖ ist für ein eigens Wissenschaftsministerium. Es gibt – seit Beginn der Zivilisation – einen engen Zusammenhang zwischen der Wissenschaftlichen und der Wirtschaftlichen Entwicklung. Die Wissenschaft hat in diesem Prozess jedoch – immer schon – eine eigenständige Rolle gespielt. Die Wissenschaft ist nicht die Magd der Wirtschaft. Sie hat ihre eigene über das aktuell ökonomisch Nützliche hinausgehende innere – teilweise sehr langfristige - Logik. Das muss auch im politischen Entscheidungsprozess abgebildet werden.
2. ETH-Zürich und allgemein die Schweiz. Das Schweizer System ist nicht perfekt und man kann nicht alles direkt auf die Österreichischen Verhältnisse umlegen. Man kann und sollte jedoch von der Schweiz lernen. Die Schweiz zeigt vor allem eines: Auch ein kleines Land kann in der Champions-League mitspielen.
3. Eine qualitative Kindergartenpädagogik und flächendeckende Ganztags- Kindergartenplätzen, inkl. Wahlfreiheit der Eltern. Unmittelbar im Hochschulsystem dürfen Zugangsgebühren nur im sehr moderaten Umfang eingehoben werden, um Schein- Inskriptionen zum Erhalt sozialer Transferleistungen zu verhindern. Sie müssen durch sozial gestaffelte, leistungsorientierte Stipendien kompensiert werden. Es muss das Primat der öffentlichen Unis über jene der Privatuniversitäten mit ihren teilweise aberwitzig hohen Studiengebühren bewahrt bzw. wiederhergestellt werden.
4. Deutschkenntnisse sind für das Studium notwendig und sinnvoll. Der Umfang hängt von der Studienrichtung ab. Die Mehreinnahmen aus doppelten Studiengebühren sind minimal und kontraproduktiv. Es sollte die Leistung in Vordergrund stehen und für hochbegabte Studierende aus Drittstaaten Anreize geben, in Österreich zu studieren. Um den Zuzug zu beschränken, sollten nur jene Zugang zum System haben, die auch in ihrem Heimatland die entsprechenden Berechtigungen vorweisen können. Dies gilt insbesondere für Studierende aus EU-Staaten.
5. Die Fachhochschulen decken die Anforderungen der mittelständischen Unternehmen nach hochqualifizierten Mitarbeitern teilweise besser ab als die Unis. Es ist die soziale Durchmischung an den Fachhochschulen höher als an den Unis. Wir stehen daher den Fachhochschulen und ihrem weiteren Ausbau positiv gegenüber. Fachhochschulen und Unis sind komplementäre Einrichtungen. Es müssen generell die Mittel für den gesamten Wissenschaftsbetrieb erheblich erhöht werden.



DIE WEISSEN - DAS RECHT GEHT VOM VOLK AUS. WIR ALLE ENTSCHEIDEN IN ÖSTERREICH. DIE VOLKSBEWEGUNG (WEISSE)

„Liebe Progress, wir können diesen Fragebogen für die Weißen so nicht beantworten, denn wir kommen drauf nicht als Antwortmöglichkeit vor. :/ Unser »Programm als Nicht-Partei« ist eigentlich mehr oder minder §1 unseres B-VG (Verfassung), der da lautet: »Das Recht geht vom Volke aus.« Wir demokratisieren in Österreich (führen die Demokratie ein – statt Bevormundung) und realisieren daher direkt-demokratisches Mitbestimmen.

Wenn Sie bitte dem Fragebogen »5 Jahre Mitbestimmen statt Stimme in der Urne beerdigen« (oder »Alle« oder »Subsidiaritätsprinzip« oder sowas) hinzufügen, könnten die Weißen da auch mitantworten.

»5 Jahre Mitbestimmen statt Stimme in der Urne beerdigen« wäre übrigens auch »die weiße Antwort« auf all die (manipulativen!) alternativen, nachdenken-tötenden Ja/Nein-Fragen, die da unten stehen.

(...) Also: schicken Sie uns den Fragebogen unter diesen Voraussetzungen erneut, oder ist eh schon klar, dass wir anstreben, dass Sie und alle Beteiligten/ Betroffenen/ Interessierten selber entscheiden oder (bei bundesweiten Belangen z.B.) ALLE 8 Millionen Österreicher_innen mitbestimmen sollen?“



LISTE ROLAND DÜRINGER - MEINE STIMME GILT (GILT) hat uns keine Antworten geschickt.

Zur Klarstellung und Abgrenzung wird darauf hingewiesen dass die ÖH-Fraktion der Unabhängigen Fachschaftslisten Österreichs und Nationalrats-Partei Freie Liste Österreich das gleiche Kürzel, jedoch weder personelle, inhaltliche noch finanzielle Gemeinsamkeiten haben.

Vom Ausscheren

Zwei junge Politikerinnen, die zwar sehr intensiv wahlkämpfen, wahrscheinlich aber nicht als Abgeordnete im Parlament sitzen werden. Sie sind innerhalb ihrer Parteien Querulantinnen (gewesen) und das Schicksal wollte einst nicht, dass sie bei derselben Jugendparteiorganisation andocken. Gespräche mit Julia Herr (SJ bzw. SPÖ) und Flora Petrik (nunmehr KPÖ+, ehemals Junge Grüne) über das Anecken, Überzeugungen, das Burgenland und lausige Jobs.

Vom Rot der Backsteinfassade eines unscheinbaren Wohnhauses in Wien-Margareten ließe sich eine Brücke zu den darin beheimateten Organisationen schlagen: Die Stiegen hinauf versperrt ein riesiger Karton den Weg (Vermutung: Kampagnenzug drin), daran vorbeigehuscht erwarten einen am ersten Stock die Zentralen des VSSTÖ, der AKS und der SJ. Im zweiten Stock befindet sich die europäische Dachorganisation IUSY – man hat „Dach“ also wörtlich genommen. Während die Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Österreich, Julia Herr, noch von einer Schuldiskussion kommend im 13A sitzt, trägt man sein Häferl vorbei am Rauchkammerl, an Postern von Bernie Sanders und von Kampfansagen vergangener Wahltag. Rote Sofas warten aufs Interview.

Julia Herr ist im nördlichen Burgenland aufgewachsen, in Sigleß, im Bezirk Mattersburg. „Mein Papa war im Gemeinderat, nicht für die SPÖ, und ich komm aus einer SPÖ-Mehrheitsgemeinde,“ sagt die 24-Jährige. In ihrer Familie ist sie das einzige SPÖ-Mitglied, somit auch die Einzige, die jemals auf der Bundesliste der SPÖ für die Nationalratswahl gestanden ist. Julia Herr ist auf Platz 16. Eine ihrer Kontrahentinnen bei der Wahl, Flora Petrik, ist auf Platz 2 der KPÖ-Bundesliste. Herr und Petrik hätten sogar bei derselben Jugendparteiorganisation loslegen können. Herr: „Ich hab den Jungen Grünen damals eine Mail geschrieben, aber die haben nicht geantwortet.“ Sie hat damals eine Junge Grüne Burgenland-Gruppe auf Facebook gefunden – „mit so 17 Mitgliedern, da dacht ich mir, ok, das ist ein bisschen wenig“.

Die zweite Gesprächspartnerin war wohl eines dieser 17 Mitglieder. Flora Petrik (22) ist in einem Vorort Eisenstadts, in Kleinhöflein, in einer grünen Familie aufgewachsen – die Mutter Regina ist Landtagsabgeordnete bei den Grünen im Burgenland, sie war auch im Bundesvorstand der Partei. Alle drei Kinder haben ihre politische Heimat bei den Jungen Grünen gefunden. Nachdem es klar wurde, dass das Burgenland nicht das ideale Biotop für jung-grüne Politik im

großen Stil ist, verlagerte sich ein Teil der Aktivitäten der jungen Petriks nach Wien.

progress: Wie viel Rest-Burgenländerin bist du?

Herr: Der Föderalismus in Österreich ist zu ausufernd, aber sonst versteh ich die Frage nicht: Natürlich bin ich Burgenländerin. Das prägt einen voll, wenn man in einem kleinen Dorf aufwächst.

Petrik: Ich bin immer Hälfte Burgenländerin, Hälfte Wienerin. Ich bin im Burgenland auch politisiert worden. Also dort, wo du absolut unselbstständig leben musst, weil keine Öffis zur Verfügung stehen, wo in der Stadt Bettelverbot herrscht, obwohl es nicht einmal viele Bettlerinnen und Bettler gibt – sondern einfach aus Schikanegründen. Dort bin ich politisiert worden und das wird mich auch weiter prägen. Das Burgenland ist auch ein Beispiel dafür, dass die SPÖ überhaupt keine Hemmungen hat, mit der FPÖ gemeinsame Sache zu machen. Zum Jubiläum übergeben sie einander Torten.

Bevor 2015 Rot-Blau im Burgenland fixiert wurde, hat der burgenländische SJ-Vorsitzende Killian Brandstätter Niessl seine Stimme für den Koalitionspakt mit den Blauen gegeben; jetzt ist er Landtagsabgeordneter.

Herr: Das hat seine politischen Konsequenzen gehabt und er ist jetzt nicht mehr SJ-Burgenland-Vorsitzender und auch kein Mitglied der SJ mehr. Wir wollen unsere Beschlüsse schon ernst nehmen.

Hast du damals auch gegen Rot-Blau demonstriert?

Herr: Ja, in Eisenstadt. Und in Wien. Und irgendwo anders sicher auch noch.

Niessl oder Doskozil?

Herr: Jeremy Corbyn.

Wird es das erste Mal sein, dass du nicht grün wählen wirst?

Petrik: Es wird das erste Mal, dass ich bei einer Nationalratswahl nicht die Grünen wähle.

Abgesehen von Personenwahlen – hast du jemals eine andere Partei als die SPÖ gewählt?

Herr verweist aufs Wahlgeheimnis.

Die beiden Jungpolitikerinnen gelten in ihren Parteien beide als Querulantinnen. Am Ende einer von Herr gehaltenen Rede beim SPÖ-Bundesparteirat 2014 wollte sie zu etwas aufrufen, wurde aber von der damaligen Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek von der Bühne geworfen – „Heinisch-Hosek kennt mich und hatte Angst, dass da jetzt sonstige Dinge passieren“ – dabei wollte die SJ bloß dem quer eingestiegenen EU-Spitzenkandidaten Eugen Freund ein Mitgliedsformular überreichen – „er sollte zur Sozialdemokratie stehen.“ Den Rauswurf der Jungen Grünen habe Herr „ehrlicherweise nicht verstanden, weil dann hätte man die SJ schon zehn Mal rausbauen müssen. Ich habe ja auch schon dazu aufgerufen, Werner Faymann nicht zu wählen.“ Kritik zu üben sei ein Recht in der eigenen Partei. Daraus ließe sich ableiten, dass man weniger Recht auf einen guten Listenplatz hat. Anstelle des 16. Bundeslistenplatzes wäre Herr ein Fixplatz schon lieber gewesen – sie kandidiere nicht zum Spaß, sondern redet vom Stärken der Kommunen und einem freier interpretierten Parlamentarismus – „wenn man sich anschaut, wie viele Gesetzesvorschläge von der Regierung kommen und wie viele von den Parlamentarier_innen ausgearbeitet werden.“

Hast du dir ausgerechnet, wie viele Vorzugsstimmen du brauchst?

Herr: Beinahe 90.000.

Mit wie vielen Leuten hast du schon gesprochen?

Herr: Nicht 90.000. Ich bin nicht großwahnsinnig. Es ist mir durchaus bewusst, dass es sehr viel ist.

Auf der Landesliste hat's keinen Platz gegeben?

Herr schweigt. Erzählt dann aber davon, dass es nicht ihr Ziel sei, langfristig im Nationalrat zu sitzen, sondern die Welt zu verbessern: „In Österreich glaubt



man Politik nur machen zu können, wenn man in der Regierung sitzt. Ich will nicht mein Leben lang im Nationalrat sitzen, das würde mich unglücklich machen.“

Der letzte SJ-Vorsitzende, der's mit einem Vorzugsstimmenwahlkampf da hineingeschafft hat, Josef Cap, ist jetzt seit nunmehr fast 35 Jahren dort.

Herr: Das ist nicht, wie ich werden will.

Sagen dir die Worte: „Ihr Vertrauen ist das höchste Gut, ich werde damit verantwortungsvoll umgehen“ etwas?

Petrik: Ich kenn die Worte. Aber mir fällt nicht ein, wer sie gesagt hat. Du musst mir auf die Sprünge helfen, wer ist das?

Er ist jetzt Bundespräsident.

Petrik: Ich habe bei so vielen Phrasen – lass uns ein Stück des Weges gemeinsam gehen etwa – Angst, dass ich von neun Monaten VdB-Wahlkampf geschädigt bin und deswegen immer an Van der Bellen denken muss.

Hast du verantwortungsvoll gehandelt oder war das schon eine Eskalationsstrategie, die im Endeffekt zum Rauswurf der Jungen Grünen geführt hat?

Petrik: Ich glaube zum Rauswurf der Jungen Grünen hat geführt, dass die Grünen wahnsinnig viel Angst haben – Angst um ihre Posten, um ihre Funktionen, Angst sich zu öffnen. Wir haben auch schon gemerkt, dass die Partei so sehr in der Krise war, dass sie nicht anders mit Kritik umgehen konnte als ihre eigene Jugendorganisation rauszuwerfen. Es ist verantwortungsvoll zu sagen, eine Partei, die ihre eigene Jugendorganisation raushaut, die das so autoritär durchzieht, das ist nicht mehr die Partei, wo ich politisch aktiv sein möchte.

Flora Petrik geht mit den Grünen hart ins Gericht. Sie sagt, dass sie Positionen im Wahlprogramm hätten,

die sie aus marketingtechnischen Gründen nicht nach außen tragen würden. Petrik vermisst das Behandeln der „großen Fragen“, aber auch etwa den Punkt der Cannabis-Legalisierung. Der Rauswurf der Jungen Grünen sei ein Symptom, genauso wie Pilz. Viele Grüne, die das Schicksal der Jungen jetzt bedauern, hätten sich zu Konfliktzeiten nicht zu Wort gemeldet. Petrik schließt mit: „Der Laden ist kaputt.“

Herr und Petrik können sinngemäß Marx zitieren und wollen den Kapitalismus überwinden. Die KPÖ fordert eine drastische Kürzung bei Politiker_innengehältern – auf 2.300 netto. Dass das auch Petriks Mutter treffen würde, ist ihr egal: Viele Gehälter in der Politik „haben eine absurde Höhe dafür, dass du jemanden vertreten sollst, der eine ganz andere Lebensrealität hat.“ Während für Petrik jede Stimme an eine der bestehenden Parlamentsparteien eine „verlorene Stimme“ ist, würde Herr im Nationalrat Rot-Blau nicht mitbeschließen – „seine politische Glaubwürdigkeit darf man nie verspielen.“

Beim Stimmenfang setzen beide aufs Thema Wohnen und fordern mehr öffentlichen Wohnbau – leistbar für jeden – beide wohnen in Wiener WGs. Herrs erfolglose Wohnungsgeschichte aus früheren Zeiten ist bemerkenswert: „Bei FM4 hat es einmal einen Wettbewerb gegeben, wer hat das ‚schlachteste‘ Studiheimzimmer? Ich habe dort mitgemacht, ein Foto eingeschickt und gewonnen. Das Doppelzimmer mit abgeranztem Teppich hat 250 Euro im Monat gekostet.“

Sprücherklopfer und Wiener Bürgermeister Michael Häupl rät jungen Politiker_innen: „Freunde, werdet nie finanziell von der Politik abhängig und lernt was Gescheites.“ Herr ist bei der SJ angestellt, sonst wäre sie „bankrott“. Die Politik fresse derzeit 70 Stunden in ihrer Woche, trotzdem will sie zu Ende studieren und unabhängig werden. Petrik meint, dass politischer Aktivismus oftmals ein Privileg sei, sie arbeitet neben dem Studium (den Bachelor in Bildungswissenschaften hat sie trotz eines bekanntlich turbulenten

Semesters abgeschlossen) – im selben Atemzug fordert sie eine Arbeitszeitverkürzung, damit sich dann Leute mehr für politische Interessen einbringen können.

Wunderbare Studierendenjobs?

Petrik: Zum Beispiel habe ich in einer Bibliothek gearbeitet, im Literaturarchiv und ich habe einen Monat lang Klammern von bereits getackerten Briefen entfernen müssen.

Herr: Boah, ich habe Kinderschminken gemacht. Das kann ich ziemlich gut. So Löwen und sowas. Und ich habe auch als Maskottchen gearbeitet – die Burg Forchtenstein ist dir sicher ein Begriff – ich war die Forfel-Maus.

Was willst du als Frau in der Politik nicht mehr hören?

Herr: Ich würde gerne Christine Nöstlinger zitieren. Seit hundert Jahren hört sie, dass wir bei der Frauengleichberechtigung etwas machen müssen, und seit 100 Jahren ist nichts passiert und ihr steht's bis zum Hals – sie ist einfach eine coole Sau.

Petrik: Dass man keine kurzen Haare haben kann. Wirklich! In welchem Jahrhundert leben wir? Wir haben gestern Wahlplakatfotos gemacht – und ich sehe schon jetzt Leute, die blöde Sprüche drauf schreiben. Ganz schrecklich ist auch, dass es als Zickenkrieg inszeniert wird wenn Frauen an der Spitze in politischen Konflikt treten. Ich habe Eva Glawischnig politisch kritisiert – und sie hat meine Kritik zwar nicht verstanden – aber es war politische Kritik. Auf einmal kommt aus einer Ecke, es sei fehlende Frauensolidarität – wenn Frauen nicht Frauen kritisieren dürfen, würd das im Umkehrschluss heißen, dass ich Le Pen auch nicht kritisieren darf.

Konstantin Milena Vlasich studiert Internationale Entwicklung an der Universität Wien.

Utopie und Effizienz

Der Traum von freier Lehre und Forschung

Die Koalition zerbricht, Versprechen verlieren ihre Gültigkeit und den Unis wird schmerzhaft ins Gewissen gerufen, wie abhängig sie vom Parlament sind.

„Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer, danke Ihnen und wünsche Österreich alles Gute“, schloss Reinhold Mitterlehner seine Rücktrittsrede am 10. Mai 2017 ab. Danach ging alles schnell: Am Sonntag traf sich der ÖVP-Vorsitz mit den Bünden. Die Bünde nahmen Sebastian Kurz' Auflagen für eine „Neue ÖVP“ an und Kurz den Posten als Parteiohmann. Die Funktion als Vizekanzler schlug er jedoch aus und strebte Neuwahlen an, womit für Kern auch „das Tischtuch zerschnitten“ war. Zwei Tage später erklärte der Kanzler in der folgenden Nationalratssitzung das „freie Spiel der Kräfte“ bis zu den Neuwahlen am 15. Oktober.

Die Universitäten befinden sich gerade im zweiten Jahr ihrer Leistungsvereinbarungsperiode. Bis zum Jahresende muss der Entwicklungsplan, das strategische Planungsinstrument der Universität, erstellt werden. Hierin werden alle vorgesehenen Studien, Professuren, Forschungsschwerpunkte und das Personal in Anbetracht des voraussichtlichen Budgets für die kommenden zwei Perioden festgelegt. Am Ende wird er von den Universitäten veröffentlicht und an das Ministerium weitergeleitet. Doch zuallererst müssen sich die Fakultäten und Zentren auf einen Entwurf einigen, den sie dem Rektorat weiterleiten können. Rechnet man nun noch den Sommer und sitzungsfreie Zeiten hinzu, ist der Zeitplan knapp und bängen bereits ganze Forschungsgruppen um ihre Zukunft.

Im Jänner hatte die Bundesregierung noch ihr neues Programm verabschiedet. Die Regierung wollte – nun aber wirklich – die Studienplatzfinanzierung umsetzen. Außerdem plante Mitterlehner eine Forschungsmilliarde. Insgesamt waren sich die Unis einer Budgetaufstockung sicher, mit der sie auch die kommenden Jahre bestreiten können würden.

UMFALLENDE MINISTER. Mit dem Rücktritt Mitterlehners waren die Versprechen nun unsicher. Die Studienplatzfinanzierung als Regierungsprojekt war mit dem Ausruf der vorgezogenen Neuwahlen vom Tisch. Dabei wäre das Jahr doch so gut geeignet gewesen – schließlich war wenig Widerstand von Studierenden zu erwarten, die mit der ÖH-Wahl zu beschäftigt waren um eine gemeinsame Linie gegen die mit der Studienplatzfinanzierung verbundenen Zugangsbeschränkungen zu fahren.

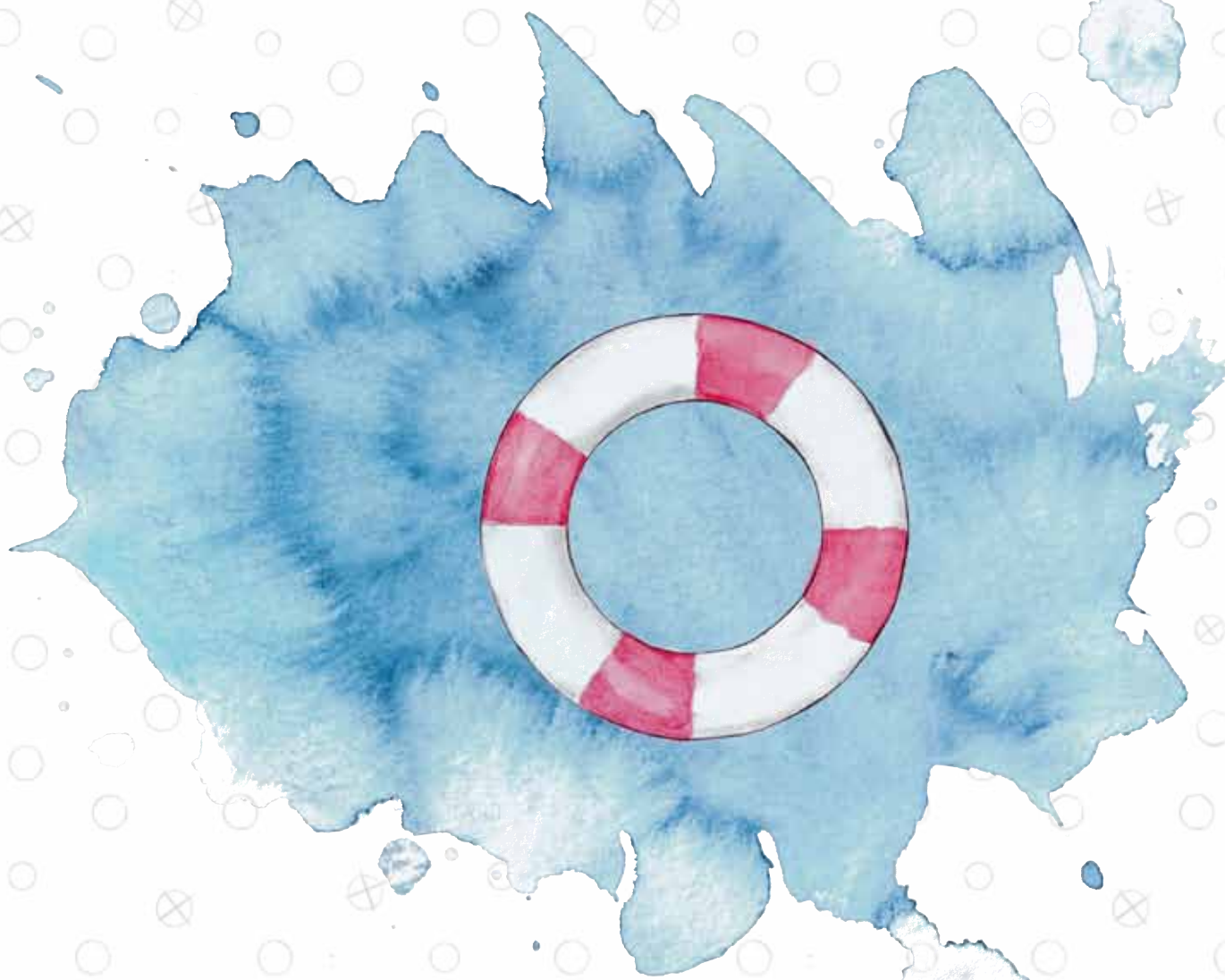
Die Universitäten müssen nun niedriger kalkulieren. Es droht die Fortschreibung der alten Budgets, die reell ein Minus bedeuten würden. Bösen Zungen nach würde alleine die Uni Wien 80 Millionen Euro weniger zur Verfügung haben. Im Entwicklungsplan würde dann auf eine Reihe von Professuren verzichtet werden und die Verhandlungen für die Leistungsvereinbarungen würden auf schwächeren Füßen stehen. Das mag nach einer Formalie klingen, die auf Grund mangelnder Priorität im Wahlkampf untergeht. Dabei sind die Leistungsvereinbarungen essentiell für die Universitätsfinanzierung. Sie stellen einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen Bund und Unis da. Einerseits legen die Unis darin fest, was sie in der kommenden Periode erreichen wollen, andererseits weist der Bund ihnen dafür ein Budget zu. So bekommt eine Universität Geld je nach Zielen, leitenden Grundsätzen und Aufgaben, vorausgesetzt deren Outputgrößen, Wirkungen, sowie das intellektuelle Vermögen werden in einer jährlich vom Rektorat zu erstellenden Wissensbilanz aufgeführt. Wieso setzt man die Unis in Zugzwang und den Launen des Parlaments aus?

PROBLEME SIND HAUSEGEMACHT UND GETREU DEN VERSPRECHEN AUF EUROPÄISCHER EBENE. Zugegeben, eine vollwertige Unabhängigkeit der Unis gab es selten, wenn sie

nicht schon immer unerfüllte Utopie war. Aber die Antwort dafür findet sich in den Hochschulgesetzen und den politischen Weichen der letzten Jahre: „Mehr Wettbewerb – international, national –, stärkere Leistung, nach Kompetenz und Verantwortung differenzierte Mitbestimmung und strategische Zielvereinbarungen mit dem Staat“ versprach Bundesministerin Gehrler mit der Verabschiedung des neuen Universitätsgesetzes (UG) 2002. Ganz getreu dem Rahmen unter dem man sich 1997 bereits in Lissabon, 1998 in Sorbonne und 1999 in Bologna getroffen hatte. Angefangen mit der Anerkennung von Hochschulqualifikationen zur Förderung der Mobilität entwickelte sich eine gemeinsame Hochschulpolitik auf freiwilliger Basis, die letztlich in der Angleichung des europäischen Hochschulraums mit dem Ziel des „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ mündete.

In Österreich war es dann die schwarz-blaue Regierung unter Schüssel, die mit einem neuen Gesetz die bisherige Rechtslage einmal umkremelte. Mit den Globalbudgets auf Grundlage der Leistungsvereinbarungen sollte „mehr Handlungsspielraum zur Eigengestaltung bei gesicherter Finanzierung“ umgesetzt werden. Unis, zuvor teilrechtsfähige Anstalten des Bundes, wurden von nun an vollrechtsfähige juristische Personen. Man sprach von Autonomie; auch wenn diese nur für die Rektorate galt (statt für alle uniangehörigen Gruppen) und durch knappe Budgets begrenzt wurde.

MIT SCHWARZ-BLAU SCHWAND DIE HOCHSCHULINTERNE DEMOKRATIE. Mit dem UG2002 wurden aber nicht nur die dreigliedrige Studienarchitektur, Globalbudgets und neue Rahmenregelungen für Anerkennungen eingeführt. Im selben Atemzug reduzierte man die demokratische Mitbestimmung aus „Performancegründen“: Viele



Gremien auf Fakultäts- und Institutsebene wurden abgeschafft und durch Gremien ohne nennenswerte Kompetenzen ersetzt. Die über Studienangelegenheiten beratende Studienkommission verlor ihre Entscheidungskompetenzen. Das Rektorat wurde aufgewertet, indem es bisher dem Senat zugewiesene Entscheidungsbefugnisse gewann. Der Senat wurde abgewertet und ist nun lediglich mit weniger wichtigen Angelegenheiten, wie Fragen des Studienrechts, betraut.

Zeitgleich wurden die Professor_innen im Senat gestärkt und der Stimmanteil der Studierenden von einem Drittel auf ein Viertel gekürzt, während der Universitätsrat als weiteres Leitungsorgan neben Senat und Rektorat eingeführt wurde. Der Unirat gleicht einem Aufsichtsrat und wird zu einer Hälfte vom Senat und zur anderen von der Regierung beschickt, womit diese sich dauerhaften Einfluss sicherte. Dieser Rat verfügt zudem über Exklusivrechte: Er wählt Rektor_in und Vizerektor_innen aus einem Dreivorschlags des Senats, er kann den die Rektor_in abberufen, und er genehmigt den Entwicklungsplan, sowie den Entwurf der Leistungsvereinbarungen. Diese Entscheidungsbefugnisse gewann der Unirat ebenfalls zu Lasten des Senats, der zuvor auch das Rektorat wählte.

Diese Angleichung staatlicher Institutionen an Unternehmen ist unter dem Begriff des New Public Management (NPM) zu fassen. Nachdem sich europäische Staaten in den 80er Jahren durch die Ölkrise in einer Legitimationskrise befanden, wurde der Reihe nach hinterfragt, welche Aufgaben der Staat übernehmen muss und wie man diese möglichst effektiv und effizient erfüllen kann. Privatisierungen der Post und der Telekommunikation sind nur zwei Beispiele. Spät erreichte das NPM in Österreich auch die Unis, an denen die Leistungsvereinbarungen sicherstellen sollen, dass

die Universitäten ihre Funktion eben effektiv und effizient erfüllen. Die Funktion wird hierbei von der Regierung bestimmt. Genauso wie das Managementsprech den Einzug in die Rektorate fand wurden ökonomische Gedanken an den Universitäten eingeführt. Waren Entwicklungen in Forschung und Lehre zuvor Ergebnisse zweckfreier Forschung, wurden sie laut Ökonom Oliver Nachtwey nun zu einem „vom Management vorausgesetztem Datum“.

BUDGET INZWISCHEN WIEDER GESICHERT.

Vorerst ist das Universitätsbudget übrigens wieder gesichert. Zum 28. Juni holte die Grüne Nationalratsabgeordnete und ehemalige ÖH-Vorsitzende Sigi Maurer einen Antrag der SPÖ neu heraus, wodurch sie sich einer Mehrheit für eine Budgeterhöhung sicher war. Die Frist für den Abschluss der Leistungsvereinbarungen wurde nach hinten verlegt und die Studienplatzfinanzierung in die nächste Legislaturperiode.

Damit ist aber noch keine bessere Zukunft für die Unis besiegelt. So nannte Hannes Androsch, Vorsitzender des Forschungsrats, die Uni-Milliarde im Standard eine „lebensrettende Blutspende“. Neben dem Festhalten am freien Hochschulzugang kritisierte er im selben Interview die knappen Mittel des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF). Jener Fonds hat im Vergleich zum Schweizer Pendant noch nicht mal ein Drittel des Budgets pro Einwohner_in.

KOSTENINTENSIVE FORSCHUNG BEREITS NICHT MEHR OHNE DRITTMITTEL ZU TRAGEN.

In den Naturwissenschaften, in denen hohe Kosten durch Geräte wie Elektronenmikroskope oder Tierhaltung anfallen, ist die Forschung seit Jahren auf Drittmittel angewiesen. Diese können von öffentlichen Fonds, aus Patentgebühren oder aus der Privatwirtschaft kommen. In der

Regel werden sie im Wettbewerb vergeben. Somit müssen Wissenschaftler_innen Anträge schreiben, die möglichst attraktive Themen behandeln. Zeit geht verloren, in der sie genauso gut forschen oder lehren könnten. Themen, die an Unis zu schwach vertreten sind und über Drittmittel nicht gefördert werden, gehen verloren. Dabei nimmt man billigend in Kauf, dass staatliche Einrichtungen sich in Abhängigkeiten zur Privatwirtschaft manövrieren. So geschehen beim Institut für Molekulare Biologie der Uni Mainz, das mit der Böhlinger Ingelheim Stiftung einen Sponsoringvertrag für 150 Millionen Euro aushandelte: Die Stiftung sicherte sich weitgehende Mitsprache- bis Vetorechte bei der Berufung neuer Professor_innen, Publikationen, und der Berufung der Geschäftsführung. Demokratische Mitbestimmung wurde für sichere Budgets geopfert.


NRW17: BLEIBT DER FREIE HOCHSCHULZUGANG ERHALTEN?

Spätestens nach dem Pressewirbel zur Uni-Milliarde sollte klar sein, dass Zugangsbeschränkungen in Form einer Studienplatzfinanzierung noch nicht vom Tisch sind. Zwar ist der Druck von den Universitäten gewichen, aber selbst die SPÖ beharrt darauf, dass die Studienplatzfinanzierung nur verschoben sei. Somit sind die Grünen die einzige Fraktion, die am freien Hochschulzugang festhält. Bleibt nur zu hoffen, dass verlässliche linke Perspektiven formuliert werden, die im Parlament größere Mehrheiten haben als Zugangsbeschränkungen oder ein „Herkunftsprinzip“ für Studis. Ganz zu schweigen von der ganzen rassistischen, sexistischen und antisemitischen Kackscheiße, die bei FPÖ und Konsorten anzutreffen ist.

Felix Korbinian Schmidtnr studiert Biologie und Kunstgeschichte an der Universität Wien.

Nimm dir Zeit.

**GRATIS
ABO!**

- 
- EINKAUFEN
 - LERNEN
 - PROGRESS LESEN

Das Magazin der ÖH Bundesvertretung, von und für Student_innen.
Du willst mitmachen? Melde dich unter progress@oeh.ac.at

Gratis Abo? Einfach unter www.progress-online.at/abo bestellen.

progress